Weg mit Filbinger! Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 29, 21. Juli 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Stahl-Plan der EG

Angriff auf 140.000 Arbeitsplätze!

Glaubten die europäischen Stahlarbeiter bis gestern noch, daß die Stahlmonopole Europas 50.000 Arbeitsplätze hinwegrationalisieren wollten, so müssen sie jetzt dem neuen Plan der EG-Kommission entnehmen, daß bis 1980 100.000 bis 140.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Dieser brutale Angriff auf die Stahlarbeiter ist Bestandteil der sogenannten „Sanierung der Stahlindustrie".

Was die Stahlmonopole Europas da sanieren wollen, ist klar: ihre Profite, die sie durch die verschärfte Konkurrenz anderer Stahlproduzenten gefährdet sehen. Zudem steckt die kapitalistische Stahlproduktion in einer Überproduktionskrise. So sind die Kapazitäten der europäischen Stahlwerke nur zu etwa 60 Prozent ausgelastet. Diesen „Kapazitätsüberhang" nehmen die Stahlbarone zum Vorwand für ihre Rationalisierungspläne. Um sich gegen die Weltkonkurrenz durchzusetzen, sollen stahlproduzierende Werke, die technologisch nicht auf dem neuesten Stand sind, entweder stillgelegt oder rücksichtslos durchrationalisiert werden. Beides bedeutet: Massenentlassungen! Und für die übrigbleibenden Stahlarbeiter: verschärfte Ausbeutung! Auch bisher ist die Ausbeutung in der Stahlindustrie immens gestiegen. So haben noch 1960 die deutschen Stahlarbeiter in 700 Millionen Arbeitsstunden 34 Millionen Tonnen Rohstahl produziert. Bis 1976 haben sie es in 400 Millionen Arbeitsstunden auf 43 Millionen Tonnen gebracht. Jetzt soll die Ausbeutung noch mehr vorangetrieben werden.

Das neueste Beispiel dieser „Umstrukturierung" der europäischen Stahlindustrie ist der Aufkauf der saarländischen Stahlwerke Röchling-Burbach, Völklingen/Saar und Neunkircher Eisenwerk durch den luxemburgischen Stahlkonzern Arbed, der soeben unbehelligt die „Zensur" des Bundeskartellamtes passierte. Grünes Licht also für die Vernich-

Fortsetzung auf Seite 4

Feindseliger Akt der chinesischen Regierung gegen die SVR Albanien

In den Fußstapfen Chruschtschows

Wie die albanische Telegraphenagentur ATA an 12. 7. 78 meldete, hat die Regierung der Volksrepublik China am 7. Juli 1978 durch eine Note an die Botschaft der SVR Albanien in Peking ihren Beschluß bekanntgegeben, sofort alle Hilfen und Zahlungen im Rahmen des Zivil- und Militärkredits an Albanien einzustellen, eine Anzahl von wichtigen Werken unvollendet zu lassen und die chinesischen Spezialisten, die in Albanien arbeiten, zurückzuziehen.

Unsere Partei und alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen in Deutschland verurteilen diesen offen antimarxistischen und chauvinistischen Schritt der chinesischen Revisionisten mit aller Schärfe. Die SVR Albanien ist der einzige sozialistische Staat in Europa und zugleich der einzige Staat der Welt, der eine konsequente Politik der Unabhängigkeit und des Friedens betreibt. Er unterhält weder mit der amerikanischen Supermacht, noch mit der russischen Supermacht irgendwelche Beziehungen, sondern kämpft entschlossen gegen diese beiden größten Kriegstreiber und gefährlichsten Feinde des internationalen Proletariats und der Völker der Welt sowie gegen die von ihnen beherrschten imperialistischen Zusammenschlüsse, die NATO und den Warschauer Pakt, die EWG und den RGW. Die SVR Albanien ist allen Völkern immer ein treuer Freund in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus gewesen. Deshalb richtet sich dieser feindselige Schritt der chinesischen Regierung gegenüber der SVR Albanien auch nicht nur gegen das albanische Volk, sondern gegeh alle Menschen der Welt, die mit ihm im gemeinsamen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, für die Revolution und den Sozialismus verbunden sind.



Genosse Enver Hoxha brandmarkte den Chruschtschow-Revisionismus auf der Moskauer Konferenz von 1960. Die Partei der Arbeit Albaniens hat sich den Chruschtschow-Revisionisten nicht gebeugt und wird sich auch nicht den chinesischen Revisionisten beugen!

Er ist Ausdruck und bisheriger Höhepunkt der konterrevolutionären Politik der chinesischen Revisionisten-Clique auf der Grundlage der „Drei-Welten-Theorie", einer Politik, die gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für den Sozialismus gerichtet ist, die den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion sabotiert, die auf die Schwächung des Sozialismus und die Stärkung von Imperialismus, Reaktion und Revisionismus abzielt.

Fortsetzung auf Seite 9

Wußten Sie schon ...?

...daß Ihrem Kind zum Spielen vor dem Haus von Amts wegen gerade ein „Stehplatz" zugestanden wird? Der amtlich zugestandene Spielraum für Kinder vor dem Haus beträgt nämlich einen halben Quadratmeter! Der Spielraum in Kinderzimmern bemißt sich laut Musterbauordnung auf 2,16 qm. Im Kindergarten werden Ihrem Kind 4 qm im Freien und 1,5 qm im Haus zugestanden!

* * *

...daß inzwischen auch der „Freistaat Bayern" das neue Polizeigesetz verabschiedet hat? Damit ist der „gezielte Todesschuß" auch in Bayern „Rechtens", soll die Polizei „bei Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben" auch hier auf Kinder unter 14 Jahren schießen und bei „Sondereinsätzen" mit Maschinengewehren und Handgranaten gegen die Werktätigen vorgehen.

Carter in Westberlin: Polizei, wohin man sah



Transparent der Roten Garde gegen den Carter-Besuch in Westberlin.

„Was immer auch sei, Berlin bleibt frei!" — so verkündete es — selbstverständlich in deutscher Sprache — Jimmy Carter, Oberhaupt der US-Imperialisten, in Westberlin. Die Freiheit, die Carter und seinesgleichen meinen, konnte man am Samstag in Westberlin sozusagen „vor Ort" studieren.

Polizei, wohin man blickte. Uniformiert und bewaffnet an den Absperrungen. Zivil, in „unauffälligen" Vierergruppen auf dem Kurfürstendamm. In Sicherheitsabständen entlang den Straßen, als Scharfschützen auf den Dächern. Und natürlich als direkte Leibwachen für den amerikanischen Präsidenten. Dazu Wasserwerfer, Bagger, Räumwagen in den Nebenstraßen. Und im Namen der Freiheit geschah es selbstverständlich auch, daß 80 Personen „potentielle Täter", wie die Presse schrieb, in Vorbeugehaft genommen wurden.

Dieses Bild des „freien Berlin" sahen selbstverständlich die Fernsehzuschauer, für die der Carter-Besuch in Westberlin teilweise life übertragen wurden, nicht. Ihnen zeigte man über „Jimmy" jubelnde und vor Freude Tränen vergießende Berliner. Ihnen zeigte man das vorher groß angekündigte „Town-meeting" des US-Präsidenten in der Kongreßhalle. Carter mit dem Volk auf Du und Du, das sollte hier demonstriert werden. Welches „Volk" sich allerdings hier versammelte, das konnten die Westberliner Werktätigen sogar über den Sender RIAS Berlin hören: Leute, die auf Grund „positiver Beziehungen zu Amerika" sorgfältig ausgesucht worden waren! Für alle anderen hieß es: Kein Einlaß.

Ihrer Meinung, der Meinung der Mehrheit der Westberliner Werktätigen, verliehen die Westberliner Genossen der Partei Ausdruck, die auf Plakaten und Transparenten forderten: „Carter raus aus Westberlin!" Und auch ein Flugblatt, in dem sie den amerikanischen Präsidenten auf ihre Weise begrüßten — „Achtung! Der Neutronenbombenbauer Jimmy Carter kommt in unsere Stadt!" — fand Interesse und Zustimmung.

Nahost-Frieden nach Art von Brandt

Mit den sogenannten „Friedensplänen“ zum Nahost-Konflikt, wie sie im Laufe der Jahre in Washington, Moskau, Tel Aviv und anderswo produziert wurden, könnte man inzwischen schon ganze Bände füllen. In der letzten Woche hat sich zum ersten Mal auch ein Bonner Politiker in den Kreis der Produzenten solcher Pläne eingereiht. Gemeinsam mit dem österreichischen Regierungschef Kreisky legte der SPD-Vorsitzende Brandt eine sogenannte Friedensinitiative vor. Die wichtigsten Punkte:

Israel soll das Recht auf „sichere Grenzen“ zugestanden werden, ohne daß gesagt wird, wo denn diese Grenzen liegen. Ja, der zionistische Gangsterstaat soll sogar das Recht haben, „Sicherheitsmaßnahmen in jenen Gebieten, in denen es die Erfordernisse der Sicherheit verlangen“, zu ergreifen. Was ist das anderes, als eine Einladung an diesen Staat zu weiteren Aggressionen? Denn noch immer haben die israelischen Zionisten ihre Terrorüberfälle — wie zuletzt auf den Libanon — mit Erfordernissen der Sicherheit begründet.

Den Palästinensern dagegen, deren Land von den Zionisten besetzt ist, will Herr Brandt nur das Recht zugestehen, an ihrer Zukunft „mitzuwirken“. Dieser famose Plan, den der SPD-Chef ausgekocht hat, zeigt einmal mehr, daß das Gerede Bonns von seiner angeblichen Neutralität im Nahost-Konflikt nur Lüge ist. Freie Bahn für die israelischen Aggressoren, Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes — das ist nach wie vor die Devise der westdeutschen Imperialisten.

Faschistische Offiziere — Made in Germany

Bonn sorgt sich um die sogenannten Entwicklungsländer. Das wußte jedenfalls Schmidt bei seiner jüngsten Afrika-Reise zu berichten. Wie sehr man sich sorgt, das konnte jetzt einem Bericht der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau“ entnommen werden. Dort wurde nämlich mitgeteilt, daß in den letzten Jahren 200 Offiziere aus solchen Ländern auf der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg ausgebildet wurden. Die Rangliste liest sich so: An erster Stelle steht Südkorea (32 Offiziere), es folgen Brasilien (26), Indonesien (22), der Iran (20) und so geht es weiter. Die Truppenkommandeure der faschistischen Mordregimes sind es also, die im Bonner Staat ihren letzten Schliff bekommen. Die hier darauf trainiert werden, die Volkskämpfe in ihren Heimatländern blutig zu unterdrücken.

Die meisten dieser Länder stehen auch auf den Exportlisten der westdeutschen Waffenschmieden. So können dann die in Hamburg ausgebildeten Offiziere bei ihrem blutigen Handwerk auch gleich westdeutsches Gerät einsetzen. So sorgt sich Bonn um die Aufrüstung der faschistischen Diktaturen. Denn diese Blutregimes sind es ja auch, die ihre Länder an die ausländischen Imperialisten — darunter die westdeutschen — verkaufen. Die für Ruhe und Ordnung in den Filialen der westdeutschen Monopole sorgen, wenn es sein muß mit Maschinengewehren. Und da kann es eben durchaus vorkommen, daß nicht nur diese Waffen, sondern auch die Kommandeure der Schützen den Stempel tragen: Made in Germany.

Noch 'ne Partei

Gestern noch CDU-Abgeordneter, heute schon der Vorsitzende einer eigenen Partei — so schnell ging das bei Herbert Gruhl, ehedem „Umweltexperte“ in der Kohl-Partei und Autor einschlägiger Bücher. Vergangene Woche ließ er seine „Grüne Aktion Zukunft“ ins Parteienregister eintragen. Und ebenso schnell wie mit der Gründung soll es auch mit den Wahl-Aktivitäten dieser GAZ gehen. Schon in diesem Jahr bei der Hessen-Wahl will die neue Partei antreten. 10 Prozent der Wählerstimmen verspricht sie sich, und den Hinauswurf der FDP aus dem Landtag. Gründungsmitglied der GAZ ist übrigens auch der hessische Chef der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), Faust, ein strammer Antikommunist, der es als seine Aufgabe ansieht, „Mitglieder von K-Gruppen“ — wie er es nennt — aus der Umweltschutzbewegung zu verdrängen.

Die Absicht hinter den hektischen Aktivitäten der Gruhl und Co.: Sie wollen auf der grünen Welle schwimmen, den Protest gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung, die allgemeine „Staatsverdrossenheit“ auffangen und in die Bahnen des bürgerlichen Parlamentarismus lenken. Mit dem massiven Auftreten ihrer GAZ — als Gallionsfigur in Hessen ist der Fernseh-Professor Grzimek im Gespräch — wollen sie fortschrittlichen Bürgerinitiativen das Wasser abgraben. Sie treten gegen jede Form des militanten Kampfes auf. Kein Wunder, denn für diese Leute ist ja nicht die kapitalistische Profitgier die Ursache für die zunehmende Umweltzerstörung, sondern „der Mensch“. So will dann auch das Parteiprogramm folgenden Schwachsinn als Ausweg verkaufen: „Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr.“

USA-Imperialisten in Westdeutschland

Todfeinde des deutschen Volkes

Als Präsident Carter auf dem Westberliner Flughafen Tempelhof seinem Luftwaffen-Jet entstieg, brachte er erst mal einen seiner frommen Bibelsprüche an den Mann. Dann holte er weit aus in der Geschichte der letzten Jahrzehnte und feierte die amerikanische Supermacht als die Befreierin, die Beschützerin des westlichen Teils von Deutschland, der wir — das deutsche Volk — ewig dankbar sein müßten. „Bekenntnis zu unerschütterlicher Treue“ hieß es dann anderntags in der Springer-Presse.

Der amerikanische Imperialismus als Wohltäter unseres Volkes. Wenn auch die amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland nicht mehr das unumschränkte Kommando führen wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, kontrollieren sie doch nach wie vor große Teile der westdeutschen Wirtschaft. So zum Beispiel 50 Prozent der Mineralölwirtschaft, je 30 Prozent der Elektro- und der Fahrzeugindustrie usw. Zehntausende von Arbeitern in der Bundesrepublik müssen in den westdeutschen Filialen von Ford, Opel (General Motors), Esso usw. für die Profite der Wallstreet-Bosse schuften. Und nach wie vor sehen diese Herren in unserem Land einen günstigen Anlageplatz für ihr Kapital. So werden in diesem Jahr trotz Dollar-Krise die amerikanischen Investitionen in der Bundesrepublik um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen.

Aber für die amerikanischen Imperialisten war und ist die Bundesrepublik nicht nur ein Land, in dem sie riesige Profite machen können. Sie haben stets unserem Land auch einen wichtigen Platz in ihren Weltherrschaftsplänen eingeräumt. So war es damals nach dem Krieg, als sie Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen das damalige sozialistische Lager machten. Unter dem brutalen Bruch aller zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion Stalins abgeschlossenen Verträge gingen sie daran, die Macht der Kriegsverbrecher vom Schlage der Krupp, Flick und Thyssen im westlichen Teil Deutschlands wiederherzustellen und unsere Heimat zu spalten. Gemeinsam mit den deutschen Monopol-Herren schufen sie den Bonner Spalterstaat und rüsteten ihn wieder auf — gegen das damalige sozialistische Lager.

Und heute? Nach wie vor stehen die amerikanischen Besatzer-Streitkräfte in der Bundesrepublik. Heute ist die Situation im imperialistischen Lager vor allem gekennzeichnet durch die immer schärfer werdende Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft. Jede Supermacht hat sich ihren aggressiven Militärblock geschaffen. Im westlichen Kriegspakt, der NATO, ist die Bundeswehr schon seit langem die zweitstärkste Streitkraft nach der amerikanischen. Bei den Landstreitkräften stellt sie sogar 50 Prozent der NATO-Truppen. Für die amerikanischen Generäle, die die NATO kommandieren, ist so die Bundeswehr zu einem wichtigen und entscheidenden Faktor bei den Kriegsvorbereitungen des westlichen Militärblocks geworden.

Das gleiche gilt auch für das Territorium Westdeutschlands. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist zugleich die Grenze zwischen den Einflußbereichen der beiden Supermächte. Hier konzentrieren sie ihre Vernichtungswaffen, ziehen sie immer stärkere Einheiten der unter ihrem Kommando stehenden Militärblöcke zusammen. Mehr als je zuvor ist Westdeutschland Tummelplatz von NATO-Truppen aller Art, ein atomares Pulverfaß, überzogen mit einem Netz von Atomminen und Atomraketen. Und nach wie vor besteht auch die Gefahr einer Stationierung der Neutronenbombe in unserem Land. Denn Carter hat ja die Massenproduktion dieser Waffe nur „aufgeschoben“, und die Herren in Bonn — ob Regierung oder Opposition — konnten gar nicht laut genug nach der Stationierung dieser Bombe in der Bundesrepublik schreien.

Diese Herren haben auch vor wenigen Monaten dem sogenannten NATO-Langzeitprogramm zugestimmt, das für die nächsten Jahre zusätzliche Rüstungsausgaben von 60 bis 80 Milliarden Dollar vorsieht. Weiter sollen nach diesem Programm die Militäreinrichtungen der amerikanischen Besatzer in der Bundesrepublik ausgebaut und unter anderem die Voraussetzungen geschaffen werden, daß künftig in einem Zeitraum von zwei Wochen doppelt soviele amerikanische Soldaten in die Bundesrepublik eingeflogen werden können. Zahlen müssen für dieses Programm die Werktätigen, vor allem die westdeutschen. So zahlen wir für die neuen amerikanischen Kasernen in Garlstedt bei Bremerhaven 86 Millionen Dollar, die amerikanische Regierung nur 20 Millionen Dollar für die Schulen.

Das sind die Tatsachen. Wir — die Werktätigen — haben wahrhaftig keinen Grund, den amerikanischen Imperialisten dankbar zu sein. Sie sind unsere Todfeinde, und sie müssen entschieden bekämpft werden.

Kurz berichtet

Westberlin

Am Samstag, dem 15. Juli fand in den Rote-Garde-Räumen in Westberlin-Kreuzberg, Forster Str. 3, ein „Roter-Rebell-Pressefest“ statt. Weil die Rote Garde noch Aktionen gegen den Carter-Besuch machte, fing das Fest ein wenig später an. Aber dafür mit viel Schwung.

Über der Straße hing ein großes Transparent. Draußen fand dann auch ein großer Teil des Programms statt. Eine französische Pantomimengruppe erfreute die Besucher und auch zahlreiche Anwohner der Straße. Danach trat die Liedergruppe „Spreespatzen“ auf. Sie hatte als Geschenk zur Selbständigkeit der Roten Garde ein „Lied zur Roten Garde“ geschrieben. Großen Anklang fand auch der AP-Trupp „Roter Pfeffer“ mit seinen Liedern. Unter anderem mit dem Lied „Auf Kreuzbergs grauen Straßen“, das die elende Wohnsituation in diesem Westberliner Arbeiterviertel anprangert.



Zwischen 60 und 100 Jugendliche besuchten das „Roter-Rebell“-Pressefest. Viele warfen mit großer Freude an der Wurfbude dem „Carter“ oder „Filbinger“ Bälle an den Kopf. Für Essen war auch gesorgt: Kuchen, Frikadellen, Salat. Zum Schluß spielten die „Fliegenden Blätter“ zum Tanz auf. Bis 22 Uhr herrschte eine gute und kämpferische Stimmung.

Mit großer Freude nahmen die anwesenden Jugendlichen die Nummer drei des „Roten Rebell“ auf, die extra für dieses Fest nach Westberlin eingeflogen wurde. Die Rotgardisten haben die Zeitschrift der Roten Garde schon sehr gut verkauft. Eine RG-Gruppe hat von den beiden ersten Nummern bereits 172 Exemplare an Jugendliche verkauft. Dieses Ergebnis wird sicher viele Rotgardisten anspornen, bei dem laufenden Verkaufswettbewerb in Westberlin den „Roten Rebell“ noch besser zu verbreiten.

Tarmstedt

Zur Landwirtschaftsausstellung in Tarmstedt hat „Freies Landvolk“, die Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung, ein Extrablatt herausgegeben. In dem Flugblatt wird die Lage der Bauern aufgezeigt: Die Banken machen sie zu Zinssklaven, der räuberische Zwischenhandel preßt sie aus, die Betriebsmittel- und Landmaschinenindustrie plündert die Bauern zusätzlich aus, und die Preispolitik von Bonn und Brüssel treibt sie in den Ruin. Das Extrablatt ruft die werktätigen Bauern auf, in der Revolutionären Landvolkbewegung gegen die Feinde der werktätigen Bauern den Kampf aufzunehmen.

Aus dem Inhalt

Janßens „neue Kampfform“: Keine Streikgelder bei Aussperrung! . 4
Staatsschutz überwacht Betriebe! 5
Aussperrungsklage der IG Druck und Papier: Ablenken vom Kampf 5
Weg mit Filbinger! 6
Groenewold-Prozeß: Die politische Verteidigung wird verfolgt 7
Hamburger Antifaschisten-Prozeß: „Justitia schielt, und zwar nach rechts!“ 7
Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr“: Generalprobe für die Albanien-Tournee 8
Dissidentenprozeß in der Sowjetunion: Carter und Co. und die Menschenrechte 10
Weltwirtschaftsgipfel in Bonn: Konkurrenzkampf auf Kosten der Werktätigen 10
Baskenland/Spanien: Eine Provinz in Aufruhr 11
VW-Mexiko: 8.700 Arbeiter im Streik 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Ein neues Rezept

Immer wieder ziehen bürgerliche Politiker neue „Rezepte“ gegen die wachsende Jugendarbeitslosigkeit aus der Tasche. Denn 270.000 jugendliche Arbeitslose sind bereits registriert. Kein Wunder, daß die Herren sich Sorgen machen. Allerdings nicht um die Zukunft der Jugendlichen, sondern um die Zukunft ihrer kapitalistischen Ordnung.

Der Vorsitzende der Mannesmann AG, zugleich Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) hat dies kürzlich in einem Aufsatz über Jugendarbeitslosigkeit offen erklärt: „Wenn es nicht gelingt, den zu Arbeit und Leistung bereiten Jugendlichen eine Aufgabe zu geben, werden sie das dem politischen und wirtschaftlichen System anlasten. Sie werden nach Veränderungen suchen. Sie werden sich schließlich denen anschließen, die ihnen mit falschen Versprechungen eine sorglose Zukunft verheißen.“

Wen dieser Kapitalist unter denen versteht, die „mit falschen Versprechungen eine sorglose Zukunft verheißen“, ist klar: die Kommunisten. Ob ihre Versprechungen falsch sind, kann jeder Jugendliche selbst prüfen. Die falschen Versprechungen der bürgerlichen Politiker kennt er jedenfalls. Die „Rezepte“, die jetzt dieser Herr Overbeck vorschlägt, sind da allerdings ein wenig offenherziger. Sie geben einen klaren Ausblick auf die Zukunft, die das Monopolkapital mit den Jugendlichen vorhat.

Overbeck in diesem „Handelsblatt“-Artikel (14. 7. 78): „Wenn wir mit der Arbeitslosigkeit fertig werden wollen, muß die Möglichkeit genutzt werden, einen Teil der Arbeitsplätze der Gastarbeiter bei gedrosselter Zuwanderung und verstärkter Heimkehr wieder mit deutschen Mitarbeitern zu besetzen.“

Overbeck fordert deshalb auf, mehr Jugendliche als Hilfsarbeiter und Angelernte einzustellen. Bei einer zu hohen Zahl an Facharbeiterlehrlingen bestehe die Gefahr, „daß eine nicht am Bedarf orientierte Zahl von Auszubildenden eine chancenlose Gruppe heranzieht.“ ... „Unwilligen und weniger befähigten Kindern eine ... Berufsausbildung und damit häufig unrealistische Erwartungen aufzuzwingen, verlangt einen hohen Einsatz. Es bringt der Volkswirtschaft und dem einzelnen aber nur einen geringen Ertrag.“ Der Kapitalist propagiert, „mit nur geringem beruflichen Rüstzeug in das Arbeitsleben einzutreten“. Das ist also die Zukunft, die das Monopolkapital den Jugendlichen anzubieten hat: weniger Ausbildung, Arbeit als Un- und Angelernter.

Carter in Frankfurt und Bonn:

Reklame für den aggressiven NATO-Pakt

Carter in Bonn und Frankfurt. Tausende Sicherheitsbeamte und Polizisten säumten den Weg, den der amerikanische Präsident entlangfuhr, mischten sich unter die Menschen auf dem Bonner Rathausplatz und dem Frankfurter Römerberg. Denn sicher fühlte sich dieser „Vertreter der größten Nation der Erde", wie er sich selbstherrlich vor Beginn der Deutschland-Reise hochstilisiert hatte, nirgendwo. Sogar auf sein eigenes Flugzeug, besonders abgesichert, wollte dieser „Gast" nicht verzichten.

Denn die deutsche Bevölkerung weiß sehr wohl von den Verbrechen der amerikanischen Imperialisten! Von der Aggression der amerikanischen Truppen in Vietnam, von den Einmischungsversuchen in Afrika, von der Kriegsgefahr für Deutschland durch die Stationierung der amerikanischen Besatzertruppen. Um so unerhörter ist es, daß gerade dieser Vertreter der amerikanischen Supermacht es wagte, auf dem Bonner Rathausplatz die Zeilen von Schiller zu zitieren: „Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt." Ein Hohn! Die amerikanischen Imperialisten haben Phantomjäger mit bombentragenden Flügeln in unserer Heimat stationiert, sie wollen die Neutronenbombe bei uns lagern — und was dies für unser Land bedeutet, ist keineswegs Frieden und Freundschaft, sondern erhöhte Kriegsgefahr.

Damit keine der empörten Stimmen an Carters Ohr dringt, damit auf dem Fernsehbildschirm der Eindruck einer jubelnden Menge entsteht, haben die Bonner Behörden schon frühzeitig jeden Protest unterdrückt. In Frankfurt wurden schon vor Carters Rede 194 Personen von der Polizei festgenommen. Angeblich, um „bevorstehende Straftaten zu verhindern". Die „Straftaten" aber bestanden darin, daß die Polizei annahm, diese Personen würden die Rede stören! Demonstranten, die gegen Carters Besuch protestierten, wurden von der Polizei abgedrängt!

Durch den Besuch seiner Besatzertruppen auf dem Militärflugplatz Erbenheim bei Wiesbaden hat Carter den aggressiven Charakter seines Besuches deutlich unter Beweis gestellt: „Die Spitze des westlichen Schwertes ist scharf und fest geschmiedet, und wir wollen dafür sorgen, daß es so bleibt." Seite an Seite marschierten deutsche und amerikanischen Truppen, führten sich einen Schaukampf vor. Kein Wunder, daß der amerikanische Präsident in diesem Zusammenhang an „unsere gemeinsame Verpflichtung für die Sicherung der Freiheit — nicht nur in Deutschland und auf dem europäischen Kontinent, sondern auch in den Vereinigten Staaten und bei allen Verbündeten" erinnerte. Die Bundeswehrtruppen sind in der Tat heute der wichtigste „Partner" der aggressiven amerikanischen Armee, und sie sind über die NATO schon heute in die weltweiten Kriegsunternehmungen der amerikanischen Supermacht zur „Sicherung der Freiheit" des westlichen Imperialismus verwickelt.


Ein Riesenpolizeiaufgebot für Carter. Ein Präsident, der das Volk fürchten muß.


Kriegsverbrecher, Bankmagnaten wie Abs (links im Bild), das sind die Freunde Carters.

Carter hat die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten auch zu stärken versucht, indem er sowohl in Frankfurt wie in der Bonner Rede die revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie unterstützte. „Wir verstehen und teilen Ihren Wunsch nach friedlicher Wiedervereinigung ganz Deutschlands", betonte der amerikanische Präsident.

Eine Wiedervereinigung unter dem „Schutz" der amerikanischen Truppen bedeutet allerdings keine friedliche Vereinigung, sondern Krieg zwischen den beiden Supermächten auf deutschem Boden. Eine Wiedervereinigung, bei dem das westdeutsche Monopolkapital die Macht auch im Osten unserer Heimat übernimmt, ist wahrhaftig nicht im Interesse der deutschen Werktätigen. Darum wird auch der Kampf für die nationale Einheit sicher ganz anders aussehen, als es sich dieser Handlanger des amerikanischen Monopolkapitals wünscht. **Ami go home! Besatzertruppen — raus aus ganz Deutschland! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistischen Deutschland!**

Drei Krankenhäuser für Carter

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Vor dem Carter-Besuch in Westberlin. Drei Männer und zwei Frauen betreten das Urban-Krankenhaus. Es sind amerikanische Militärs. Sie werden auch gleich vom 3. Chirurgischem Oberarzt Herrn Isouch empfangen. Man besichtigt gemeinsam die Räumlichkeiten, vergewissert sich, ob auch die Blutkonserven für Jimmy bereitstehen. Das gleiche geschieht im Westendkrankenhaus und im Klinikum Steglitz.

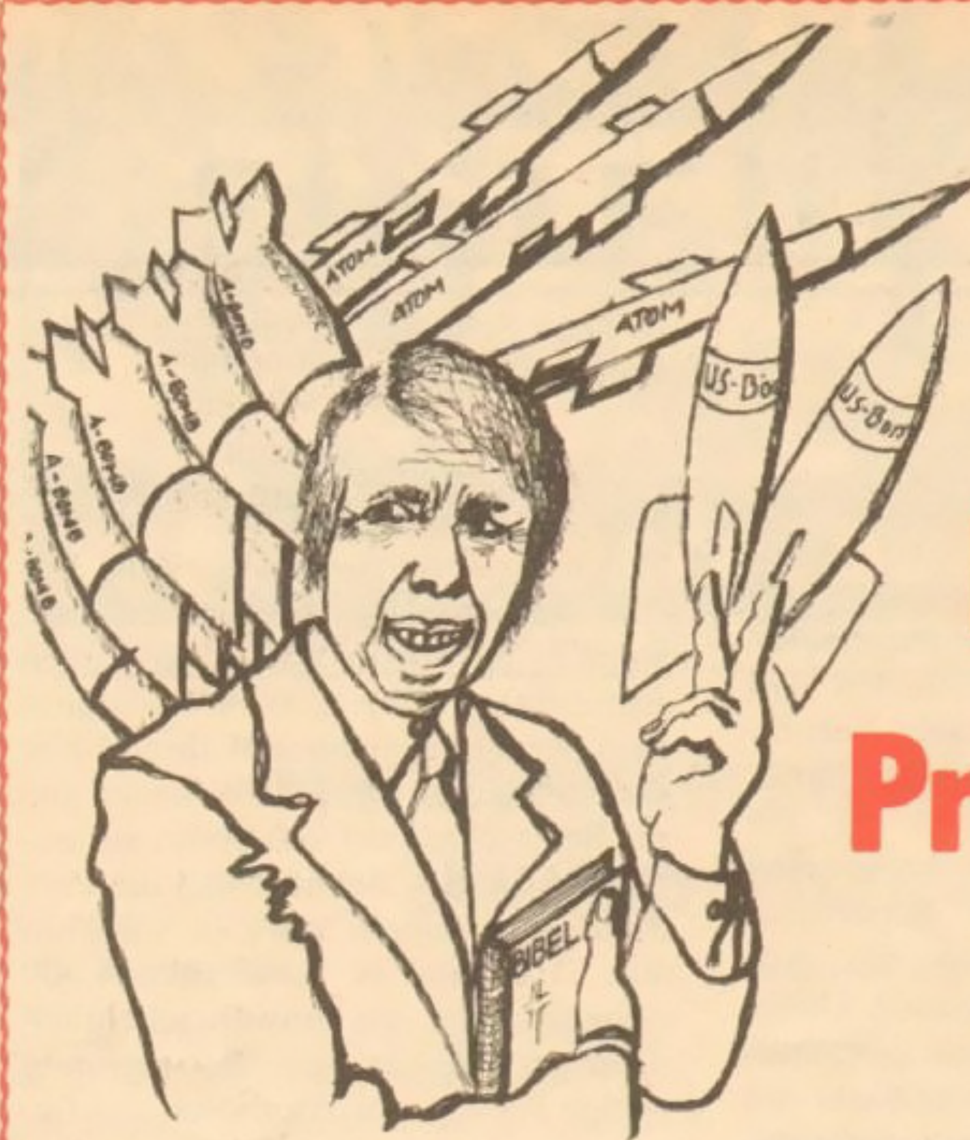
Alles drei Krankenhäuser, die auf Schußwaffenverletzungen spezialisiert sind. Einige Kollegen nehmen diese Prozeduren mit schmunzelndem Kopfschütteln zur Kenntnis: Müssen die eine Angst haben, daß ihrem „Jimmy" etwas passiert! Und das, wo er doch angeblich bei den Westberlinern sooo beliebt ist!

Aber nicht nur darüber wird gesprochen. Einige Kollegen erinnern sich an einen Beinahe-Flugzeugabsturz auf dem Flughafen Tempelhof, als das Fahrwerk eines mit 200 Passagieren besetzten Flugzeuges klemmte. Damals wurde ein Schaumteppich gelegt und drei (!) Ärzte aus dem Urban-Krankenhaus wurden für die Verletzten abgestellt!

Wie sagte doch Carter in Bonn? „Alle Menschen werden Brüder...". Und die kapitalistische Wirklichkeit? Da werden für 200 gefährdete Werktätige drei Ärzte bereitgestellt. Für einen Imperialistenhäuptling aber drei Krankenhäuser!



Flugblatt der KPD/ML



Der Lügen-Prediger

Ein „neuer Beginn", ein „neuer Geist" sollten mit dem Amtsantritt Carters hereinbrechen. So hatten es er selbst und seine Hintermänner versprochen. Die Tatsachen zeigen dem gegenüber, daß alles so geblieben ist, wie es unter Ford, Nixon oder jedem beliebigen US-Präsidenten war. Hier einige Versprechungen in Carters Rede zum Amtsantritt und was daraus geworden ist:

„Wir kämpfen darum, die Gleichheit der Chancen zu verbessern."

Aus der amtlichen Statistik der Regierung vom letzten Jahr: „10,8 Millionen Amerikaner sind voll- oder teilarbeitslos. Die Familienangehörigen dazugerechnet, leiden etwa 40 Millionen Menschen unter Erwerbslosigkeit."

Fünf Millionen schulpflichtige Kinder gehen nicht zur Schule, drei Millionen Kinder haben weniger als fünf Jahre Unterricht. Sechs Millionen kleine Kinder sind tagsüber ohne Aufsicht, weil ihre Mütter arbeiten gehen müssen und nicht den Kindergartenpreis bezahlen können, der oft ein Drittel des Lohns verschlingt.

„Unsere Verpflichtung auf die Menschenrechte muß absolut sein."

Die Farbigen Amerikas werden in allen Bereichen grausam diskriminiert, sei es bei der Arbeitssuche, der Ausbildung oder Wohnungssuche. Acht Millionen Schwarze leben unter der Armutsgrenze. 60 Prozent der schwarzen Jugendlichen sind ohne Arbeit. 50 Prozent der Navaho-Indianer sind arbeitslos. 61 Prozent aller Navaho-Behausungen haben kein elektrisches Licht. Die Kindersterblichkeit in den Reservaten beträgt 42 pro 1.000 Geburten. Indianer werden als Versuchskaninchen bei medizinischen Experimenten gebraucht. So wurden z. B. an Schulkindern lebensgefährliche Tests für Lungenerkrankungen durchgeführt. Ärzte des regierungsamtlichen „Indianischen Gesundheitsdienstes" haben 25.000 Indianerinnen gegen deren Willen unfruchtbar gemacht.

„Unsere Gesetze müssen gerecht sein, die Mächtigen dürfen nicht die Schwachen unterdrücken."

Daß es in den USA Hunderte oder gar Tausende von politischen Gefangenen gibt, gestand vor einigen Tagen sogar der amerikanische UNO-Botschafter Young zu. Gary Tyler, die zehn von Wilmington, die drei von Charlotte, das sind nur einige der — zumeist schwarzen — Werktätigen, die zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt in den amerikanischen Gefängnissen sitzen. Der Grund für ihre Einkerkerung ist in den meisten Fällen ein sogenanntes „frame up" gewesen, ein vom FBI oder anderen Staatsbehörden eingefädeltes Komplott, bei dem durch präpariertes Beweismaterial, falsche Zeugen usw. kämpferischen Werktätigen eine Straftat unterschoben wird.

An der Tagesordnung sind in den USA auch Polizeiüberfälle auf streikende Arbeiter und ihre Inhaftierung. Als sich vor einigen Monaten die Bergarbeiter in den östlichen Staaten zu einem machtvollen Streik erhoben, setzte Carter persönlich das berüchtigte Taft-Hartley-Gesetz in Kraft, das jede Beteiligung am Streik unter Strafe stellt. Außerdem ordnete Carter den Einsatz von National-Truppen in den Streikgebieten an, und er ließ den Streikenden — die über keinerlei Streikgeld verfügten — auch noch die geringe Wohlfahrtshilfe streichen, um die Arbeiter regelrecht auszuhungern. Mehrere Arbeiter wurden im Verlauf der Streikkämpfe erschossen.

„Die menschliche Würde muß gefördert werden."

Eine Million Kinder und Jugendliche in den USA gehen auf den Strich. Die amerikanischen Behörden unternehmen nichts gegen die immer weiter um sich greifende Kinder-Prostitution.

In New York werden pro Tag an die 2.000 schwere Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung und Raub begangen. Fast 50 Prozent solcher Verbrechen werden heute von Jugendlichen unter 18 Jahren verübt, und ihr Prozentsatz nimmt noch zu.

„...kann es an diesem Tag eines Neubeginns keine edlere oder ehrgeizigere Aufgabe geben, als eine gerechte und friedliche Welt formen zu helfen, die wahrhaft menschlich ist."

„Unser Moralgefühl verlangt, daß wir jene Gesellschaften bevorzugen, die mit uns einen dauerhaften Respekt für individuelle Menschenrechte teilen."

Wen die amerikanischen Imperialisten tatsächlich bevorzugen, zeigen folgende Zahlen: In den Jahren 1976/77 haben US-Banken Kredite in Höhe von einer Milliarde Dollar an das faschistische Regime in Chile gegeben. Die israelischen Zionisten werden in diesem Jahr eine Hilfe von 850 Millionen Dollar bekommen. An faschistische Regime in allen Kontinenten werden weiterhin riesige Mengen amerikanischer Waffen geliefert. An erster Stelle dabei stehen der Iran und Saudi-Arabien. An allen größeren bewaffneten Konflikten der letzten Zeit (Nahost, Horn von Afrika, Kongo usw.) waren die amerikanischen Imperialisten direkt oder indirekt beteiligt.

„Wir geloben Beharrlichkeit und Weisheit bei unseren Bemühungen, die Rüstung der Welt auf den Stand zu beschränken, der für die eigene Sicherheit jeder Nation erforderlich ist. Wir werden dieses Jahr einen Schritt in Richtung auf unser höchstes Ziel unternehmen — die Abschaffung aller Atomwaffen auf dieser Erde."

Wie dieser Schritt aussah, ist inzwischen bekannt, die Einführung einer neuen Atomwaffe, der Neutronenbombe. In diesem Jahr werden sich die amerikanischen Waffenexporte um weitere zwei Milliarden steigern. Und es war Carter, der das vor einigen Monaten beschlossene NATO-Langzeitprogramm eingebracht hat, das eine nie dagewesene Aufrüstung des westlichen Kriegsblocks zur Folge haben wird.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Übernahme abgelehnt

Wir berichteten über den Kampf des revolutionären Betriebsrats im Kaufhaus Leffers in Wilhelmshaven. Nachdem er einen schriftlichen Antrag auf Übernahme nach Beendigung seiner Lehre eingereicht hatte, war die Unternehmensleitung bei dem Versuch gescheitert, die anderen Lehrlinge gegen ihren Betriebsrat aufzuhetzen. Jetzt fand die Abschlußprüfung der Lehre statt. Unser revolutionärer Betriebsrat bestand mit Note eins. Trotzdem erklärte die Geschäftsleitung: Dieser Lehrling wird nicht übernommen. Sofortige Übernahme aller Lehrlinge!

SEL-Werk Rastatt

Der Verkauf des Rastatter SEL-Werkes an die Becker-Autoradiowerke ist jetzt perfekt. Das bedeutet für 800 Kollegen, daß ihnen die Arbeitsplätze weggenommen werden sollen. Nur 100 will Becker im ersten Quartal wieder einstellen, und erst Ende 1979 sollen es dann 350 Beschäftigte werden. Aber, wie Geschäftsführer Dornhöfer mitteilte, könnten diese Arbeitskräfte auch aus anderen Becker-Betrieben kommen. Für die SEL-Beschäftigten bietet SEL 400



Arbeitsplätze in den Werken Altena und Bochum an. Dieses „Angebot" ist eine Unverschämtheit. Rastatt und Bochum liegen knapp 300 Kilometer voneinander entfernt! Gegen diese unverschämten Praktiken des berüchtigten ITT-Konzerns, dem SEL angehört, haben die betroffenen Belegschaftsangehörigen des Rastätter Werks wiederholt demonstriert!

Kurzarbeit

5.000 Kollegen der Krupp-Hüttenwerke Rheinhausen müssen vom 24. bis 27. Juli kurzarbeiten. Ausgenommen sind davon nur die Kokerei sowie kleinere Weiterverarbeitungsbetriebe.

Seeleute im Streik

Schon einmal hatte es auf der „Chandi Star" einen Tarifvertrag gegeben. Das war vor einem Jahr, nur hieß das Schiff damals noch „St. Raphael". Mit einem Streik war der Tarifvertrag erzwungen worden. Jetzt fährt das Schiff mit neuem Namen unter Singapur-Flagge und kennt auch keinen Tarifvertrag mehr. Die 25köpfige, neu angeheuerte Decksmannschaft trat jetzt in den Streik, um rückwirkend vom 1. Januar an vorenthaltene Heuer nachgezahlt zu bekommen. Sofortige Nachzahlung der Heuer!

Entlassungen geplant

MAN-Augsburg: Bis zu 400 Beschäftigte sollen bis Juni nächsten Jahres entlassen werden. Mit diesen Entlassungen wollen die MAN-Kapitalisten ihre Profite sanieren. Als Grund geben sie an, daß die Nachfrage nach Schiffsaggregaten zurückgegangen sei.

Rollei-Braunschweig: 500 Arbeitsplätze sollen am Ende des Jahres in dem Braunschweiger Werk des Foto-Unternehmens vernichtet sein, wenn es nach dem Willen der Rollei-Kapitalisten geht. 200 Arbeitsplätze sind bereits vernichtet. Während hier die Kollegen auf die Straße fliegen und die Belegschaft auf 700 Mann zusammenschrumpft, dehnt Rollei die Produktion in seinem Werk in Singapur aus. Dort sind es inzwischen 4.000 Arbeiter, die zu unwahrscheinlich niedrigen Löhnen dem Unternehmen riesige Profite erwirtschaften.

Hanomag-Hannover: Bis zu 200 Beschäftigte sollen voraussichtlich entlassen werden, weil Hanomag die Produktion von Zylinderblöcken für Dieselmotoren der Marke „Perkins" einstellen will. Diese Entscheidung geht angeblich darauf zurück, daß VW die Motoren dieser Marke nicht mehr abnimmt, sondern einen eigens entwickelten Dieselmotor produzieren will. Daß VW dafür neue Arbeitskräfte einstellen will, davon war nichts zu hören!

Tarifverhandlungen Kautschuk

Die Tarifverhandlungen für die 30.000 Beschäftigten der niedersächsischen Kautschukindustrie sind nach der vierten Verhandlungsrunde gescheitert. Es geht im wesentlichen um ein Arbeitsplatzsicherungs-Abkommen. Die Kampfbereitschaft der Kautschuk-Arbeiter hat die IG-Chemie-Bonzen bisher davon abgehalten, ähnlichen Kompromissen zuzustimmen, die vor einigen Wochen in anderen Bereichen der Kautschukindustrie abgeschlossen worden sind.

Kampferfolg bei Fischbach

Zehn Tage lang streikten die etwa 100 Arbeiter der Fischbach KG in Neunkirchen/Siegerland (wir schrieben im RM 27 versehentlich: Saarland!), dann mußte die Geschäftsleitung die 19 Änderungskündigungen wieder zurücknehmen. Damit bleibt ihnen ein Lohnabbau von bis zu 55 Pfennig die Stunde erspart. Der Streik war eine harte Kraftprobe, in dessen Verlauf die Fischbach-Kapitalisten vier Kollegen fristlos entließen. Eine dieser Entlassungen ist bereits rückgängig gemacht, aber auch die Wiedereinstellung der anderen drei Kollegen mußte die Unternehmensleitung zusagen.

Streik im Westberliner Einzelhandel

Mit Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen zwischen 35 und 80 DM wollen die Einzelhandelsunternehmer bei den laufenden Tarifverhandlungen die Werktätigen abspeisen. Dagegen traten in der letzten Woche in verschiedenen Firmen rund 1.500 Beschäftigte in Kurzstreiks. Der HBV-Apparat hatte eine Mehrbezahlung für alle Lohn- und Gehaltsstufen von je 100 DM gefordert.

Aber wie immer, werden auch diesmal die Bonzen diese Forderung bei ihren „harten Verhandlungen mit der Unternehmerseite" fallenlassen wie eine heiße Kartoffel. Die DAG hat das bei erneuten Verhandlungen am letzten Freitag bereits getan. Sie einigte sich mit den Unternehmern. Die HBV-Vertreter verließen zwar die Verhandlungen, beeilten sich aber, den Unternehmern zu versichern, sie seien „weiter gesprächsbereit".

Janßens „neue Kampfform"

Keine Streikgelder mehr bei Aussperrung!

Einen üblen Angriff auf die Kampfkraft der Arbeiter hat der IGM-Apparat jetzt gestartet. Durch seinen Geschäftsführer Heinz Janßen ließ der IGM-Hauptvorstand verkünden, in Zukunft solle keine Streikunterstützung mehr an ausgesperrte IGM-Mitglieder gezahlt werden.

Mit dieser Maßnahme leiten die IGM-Bonzen Wasser auf die Mühlen des Aussperrungsterrors der Unternehmer. Im Streikfall sollen die ausgesperrten Kollegen mittellos dastehen. Das macht die Aussperrung zu einer noch härteren Maßnahme für sie. Ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen wird dadurch zusätzlich erschwert. Janßens scheinheilige Begründung für diesen erneuten Spaltungsversuch der Bonzen: Andernfalls würde die Gewerkschaft „finanziell weichgeklopft" und sei dann nicht mehr „kampffähig".

In Wirklichkeit wird umgekehrt ein Schuh für die Kollegen daraus. Durch diesen Anschlag des IGM-Apparats wird gerade **ihre** Einheit gespalten und geschwächt, **ihre** Kampffähigkeit sabotiert. Genau wie die Aussperrung zielt der Plan der IGM-Bonzen darauf ab, ausgesperrte Kollegen gegen streikende Kollegen aufzuwiegeln.

Zudem ist für jeden die Lüge offenbar, die in der Behauptung steckt, daß die Gewerkschaftskassen durch den letzten Arbeitskampf in Baden-Württemberg geleert seien. Es ist allgemein bekannt, daß der größte Teil der Beiträge im gewerkschaftseigenen Konzern verschwindet. Von den rund 700 Millionen Mark, die die IGM 1977/78 aus Beiträgen eingenommen hat, sind lediglich rund 100 Millionen für Streik und Aussperrungsunterstützung ausgegeben worden. Verbleiben also noch rund 600 Millionen in der Kasse. Aber das reicht den Bonzen noch nicht. Zu diesem Beitrag sollen in Zukunft noch die Gelder der Ausgesperrten kommen.

Der IGM-Apparat hat auch noch die Stirn, das als „neue Kampfform" anzupreisen. Allerdings: Das ist eine Kampfform der Bonzen gegen die Mitglieder. Dieser Anschlag muß zurückgeschlagen werden.

Weg mit diesem Angriff auf die Einheit der Arbeiterklasse!

Weg mit den Beitragserhöhungen!

Stahl-Plan der EG

Angriff auf 140.000 Arbeitsplätze!

Fortsetzung von Seite 1

tung von 10.000 Arbeitsplätzen! Darüber braucht sich kein Werktätiger Illusionen zu machen, das Bundeskartellamt wird auch zu der Vernichtung von weiteren Arbeitsplätzen ja sagen. Dieses Amt, das vorgibt, Kartellbildungen verhindern zu wollen, ist in Wirklichkeit nur dafür da, solche Kartelle zu verhindern, die den Interessen der deutschen Kapitalisten widersprechen. Mit der Wahrung der Interessen der Werktätigen vor den Lasten, die Monopole und Kartelle mit sich bringen, hat dieses Organ nicht das geringste zu tun.

Innerhalb der EG spielen die deutschen Stahlmonopole die führende Rolle. Ein Drittel des ganzen in der EG erzeugten Stahls kommt aus den deutschen Stahlwerken. Wenn der Thyssen-Kapitalist Spethmann damit prahlt, daß in Westdeutschland, neben Japan, die „produktivsten Erzeugungseinheiten" der Weltstahlindustrie zu finden seien, so meldet er damit die Forderung des westdeutschen Imperialismus an, daß die „Umstrukturierung" nach den Wünschen der westdeutschen Monopole zu erfolgen habe. Gleichzeitig zeigt das aber auch, daß gerade in Westdeutschland die Durchrationalisierung der Stahlindustrie in der Vergangenheit am weitesten vorangetrieben wurde. Und das soll in Zukunft nicht anders sein. Allein in NRW erwartet der DGB-Landesbezirksvorstand einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 750.000 in den nächsten zehn Jahren. Während Hunderttausende Kollegen auf die Straße fliegen, lassen die Stahlbarone sich die „Unkosten" ihrer „Verjüngungskur" zur Hälfte aus der EG-Kasse zahlen. Diese Gelder sind nichts anderes als den europäischen Werktätigen abgepreßte Steuergelder.

Der Gewerkschaftsapparat ist bei diesen Plänen ein willfähriger Erfüllungsgehilfe der Stahlmonopole. Unvergessen sind die Worte des IGM-Vorsitzenden und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Eugen Loderer: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IG Metall einem Abbau nicht widersetzen." An diese Worte sollte sich jeder Stahlarbeiter erinnern, wenn sich jetzt der IGM-Apparat als Kämpfer für die Erhaltung der Arbeitsplätze ausgibt. Was unter diesem „Kampf" zu verstehen ist, entnimmt man auch der Forderung des DGB-Chefs Vetter, der — als Antwort auf die EG-Pläne — die Forderung nach einer „aktiven Wirtschaftspolitik mit selektiver Investitionstätigkeit" erhob. „Selektive Investitionstätigkeit", das ist gerade nicht das, wofür der DGB vorgibt zu kämpfen, nämlich: Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit ist gerade das Gegenteil gemeint: Investitionen, um die Profite zu erhöhen und Arbeitsplätze zu vernichten!

Gerade erst konnte man ein Beispiel solcher „selektiver Investitionen" erleben. Die saarländische Landesregierung machte dem Stahlkonzern Arbed für die Rationalisierung der Saarhütten ein Versprechen über Bankbürgschaften und Investitionshilfen im Wert von 1,2 Milliarden Mark. Was mit diesem Geld gemacht wird, hat sich inzwischen herumgesprochen: 10.000 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden! Und die saarländische Regierung sieht „keinen Grund, diese Hilfen mit besonderen Auflagen zu verbinden". Unterstützt wird sie dabei von Bundeskanzler Schmidt! Dieses Beispiel widerlegt die Behauptung des Gewerkschaftsapparats, daß staatliche Beteiligung an den Stahlmonopolen und eine „aktive Wirtschaftspolitik" irgendetwas für die Erhaltung von Arbeitsplätzen erreichen würde.

Auch andere, genauso untaugliche Rezepte hat der Gewerkschaftsapparat zu bieten. So fordert er u. a. „bildungspolitische Initiativen wie Bildungsurlaub und 10. und 11. Schuljahr". Aber auch diese Forderung tut nichts gegen die Arbeitslosigkeit, sondern holt höchstens für einige Zeit die arbeitslosen Jugendlichen von der Straße und „bereinigt" die Arbeitslosenstatistik!

Die Bonzen des Gewerkschaftsapparats in den Aufsichtsräten und Betriebsräten werden sich kaltblütig daran machen, den Entlassungsplänen der Stahlkapitalisten zuzustimmen — so wie es Eugen Loderer bei den Rationalisierungen von VW tat. Den Kampf der Stahlarbeiter gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze werden sie mit allen Mitteln zu torpedieren versuchen. Das wird ihnen nicht leicht fallen. Was jetzt auf die Stahlarbeiter zukommt, ist bisher noch nicht dagewesen, und es verlangt den entschlossenen Klassenkampf gegen die Stahlmonopole und ihre Helfershelfer in den Etagen der Gewerkschaftspaläste. Für die Stahlarbeiter gibt es nur den Weg, den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu führen. Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden! Das sind die Forderungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), und sie ist auch die Organisation, die, im Gegensatz zum DGB-Apparat, den Kampf für die Interessen der Stahlarbeiter entschlossen und kompromißlos führen wird.

Massenentlassungen bei Thyssen?

Bei ihren Ruhrorter Betrieben drohen die Thyssen-Kapitalisten mit Massenentlassungen! Zuerst hatten sie Kurzarbeit angemeldet, was vom Betriebsrat abgelehnt wurde, wegen der nicht abgelaufenen Drei-Monats-Frist seit der letzten Kurzarbeitsperiode. Diese Ablehnung nahmen die Thyssen-Bosse zum Vorwand, mit den Entlassungen zu drohen. In einer eilig zusammengerufenen Schlichtungskommission verhandeln IGM-Betriebsratsführer und Thyssen-Kapitalisten im geheimen über die weiteren Schritte. Die Belegschaft soll, wie so oft, bis zuletzt im ungewissen gelassen werden. Mit derselben Masche wurden auch die Schließungen des Martinwerks in Oberhausen und der Drahtstraße III in Hochfeld durchgezogen. Während diese Beratungen stattfinden, sind weitere Investitionen bei Thyssen geplant. Aber was Investitionen bei Thyssen heißen, kann man an folgenden Zahlen sehen:

In den letzten drei Jahren investierte der Thyssen-Konzern in der



Kollegen der Drahtstraße III in Duisburg-Hochfeld demonstrieren gegen die Schließung ihres Werks.

Verarbeitung 600 Millionen Mark und — baute 5.300 Arbeitsplätze ab; im Stahlbereich wurden 1.700 Millionen Mark investiert und 3.000 Arbeitsplätze abgebaut. Investitionen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen! Die RGO-Betriebsgruppe Thyssen AG entlarvte in einem Flugblatt diese Pläne und rief die Kollegen auf: Keiner darf entlassen werden! Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Im Dienst der Unternehmer:

Staatsschutz überwacht Betriebe!

Wie jetzt ein Regierungssprecher der schleswig-holsteinischen Landesregierung ganz offen zugab, werden seit 20 Jahren alle Neueinstellungen bei der Werkzeug- und Maschinenfabrik Wilhelm Fette in Schwarzenbek „geheimdienstlich überprüft"! Nach Angaben der Regierung hätten in diesem Betrieb wiederholt Gründe vorgelegen, die den Verfassungsschutz veranlaßten, einzuschreiten.

Was für Gründe das waren? Nun, der Geschäftsleiter der Firma versichert: Anhaltspunkte für nachrichtendienstliche Tätigkeit der in dem Betrieb Beschäftigten hätten sich in all den Jahren nicht ergeben. Aber der Verfassungsschutz ist nicht nur östlichen Spionen auf der Spur. Zu seiner Aufgabe gehört auch die Ermittlung von „Informationen über verfassungsfeindliche bzw. sicherheitsgefährdende Bestrebungen". Wieviele Kollegen aber aufgrund ihrer politischen Gesinnung überprüft und auf kaltem Wege entlassen worden sind, darüber schweigt sich die Unternehmensleitung verständlicherweise aus.

Daß die Firma Fette aber kein Einzelfall ist, zeigt der Fall eines Erziehers, der als Hilfsarbeiter bei Ford in Köln anfing, um die Arbeitswelt der Eltern seiner Schützlinge kennenzulernen. Ihm wurde nach kurzer Zeit gekündigt, wegen „Arbeitsmangel und Personalüberhang". Der Kollege kämpfte gegen seine Entlassung. Dabei passierte es: Einem Abteilungsleiter rutschte die Bemerkung heraus, daß gegen den Kollegen verfassungsdienstliche Erkenntnisse vorlägen, wonach er linksextremen Organisationen angehört haben solle. Eine Äußerung, an die sich der Abteilungsleiter vor dem Arbeitsgericht natürlich nicht mehr erinnern konnte.

Diese Beispiele sind die Spitze eines Eisbergs. Jeder Kollege muß heute davon ausgehen, daß — egal, ob er in einem Kleinbetrieb oder einem Großunternehmen arbeitet — der „Große Bruder" über ihn wacht. Unsichtbar für jeden Kollegen fließen die Informationen aus allen Betrieben in der zentralen Kartei des Verfassungsschutzes zusammen und befähigen die Kapitalisten, revolutionäre, klassenkämpferische und sogar nur kritische Kollegen aus ihren Unternehmen fernzuhalten oder rauszuschmeißen.

Daß man im Gewerkschaftsapparat keine Unterstützung im Kampf gegen diese Praktiken hat, dürfte klar sein. Der Gewerkschaftsapparat verfolgt selber dieselben Kollegen und schließt sie aus seiner Organisation aus. Dazu hat er sich z. B. auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall durch Satzungsänderung die Grundlage geschaffen. Nach § 2 und 3 der Satzung können Kollegen, die nicht das Grundgesetz, diese kapitalistische Verfassung, verteidigen, ausgeschlossen werden. Es ist bekannt, daß der Gewerkschaftsapparat bei der Verfolgung oppositioneller Kollegen über feste Verbindungen mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet. Es besteht bei der politischen Unterdrückung im Betrieb eine vollkommene Übereinstimmung zwischen dem Gewerkschaftsapparat und den Unternehmern.

Aber so sehr sie auch zusammenarbeiten, sie können nichts daran ändern, daß die revolutionären Kräfte sich formieren. Die Betriebsratswahlen haben gezeigt, daß Verfolgung, Entlassung und Ausschluß das Entstehen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition nicht verhindern konnten! Verfassungsschutz, raus aus den Betrieben! Nieder mit der Bespitzelung!

Aussperrungsklage der IG Druck und Papier

Ablenken vom Kampf

Haß und Empörung sprechen aus vielen Druckereiarbeitern und Metallern, wenn man sie auf den Aussperrungsterror der Unternehmer in diesem Frühjahr anspricht. Sie haben die zynische Machtdemonstration der Unternehmer von damals nicht vergessen, den brutalen Versuch, ihren gerechten Kampf mit allen Mitteln zu zerschlagen. Für die streikenden und ausgesperrten Kollegen war und ist klar: Die Aussperrung muß weg, die muß verboten werden! Doch die Kollegen haben auch gesehen, wer den Unternehmern erst den Weg zu ihrem Aussperrungsterror geebnet hat. Das waren die Gewerkschaftsbonzen mit ihrer spalterischen Schwerpunktstreik-Taktik.

Jetzt versuchen die IG-Druck-und-Papier-Bonzen, ihren Verrat zu kaschieren. Mit 12 bis 15.000 Einzelklagen wollen sie vors Arbeitsgericht ziehen. Die Unternehmer sollen die während der Aussperrung vorenthaltenen Löhne zahlen. So weit so gut, abgesehen allerdings davon, daß der IG-Drupa-Apparat das nicht ohne Hintergedanken tut. Die Bonzen wollen sich im Falle des Erfolgs nämlich den Teil des eingeklagten Lohns selber einverleiben, den sie an die Ausgesperrten als Streikgeld ausgezahlt haben! Daß es den Bonzen hier tatsächlich keineswegs um die Forderungen der Druckereiarbeiter geht, zeigt die Begründung, mit der die Klage von ihnen vorgebracht wird. Sie fordern nicht etwa vom Gericht, die Aussperrung an sich für unrechtmäßig zu erklären. Sie wenden sich lediglich dagegen, daß die Unternehmer im konkreten Fall mit der Aussperrung gegen die „Verhältnismäßigkeit und Parität" verstoßen hätten. Begründung: Im Frühjahr haben nur 4.300 Beschäftigte unbefristet und 6.600 befristet gestreikt. Die Unternehmer haben jedoch 32.700 organisierte Kollegen ausgesperrt. Auf gut deutsch: Hätten die Unternehmer auch nur 4.300 Kollegen unbefristet und 6.600 befristet ausgesperrt, dann wäre dagegen nichts einzuwenden. Eben dieses Argument wollen die Bonzen dem Arbeitsgericht in den Mund legen, damit es zwar in diesem Fall die Aussperrung für rechtswidrig, die Aussperrung an sich aber für legal erklären kann. Die Bonzen hätten damit ihr Streikgeld wieder und ihren Kumpanen aus den Unternehmeretagen nicht weh getan.

Gleichzeitig versuchen die IG-Drupa-Bonzen mit ihrer Klage die Kollegen vom Kampf abzulenken und bei ihnen Illusionen in die bürgerlichen Gesetze zu schüren. Unter Berufung auf die hessische Verfassung, in der das Verbot der Aussperrung enthalten ist, argumentieren sie, die Aussperrung sei überhaupt „verfassungswidrig". Doch Richter Dr. Rossmanith ließ gleich verlauten, wie er diese Frage behandeln will: Es sei zu untersuchen, ob dieser Artikel der hessischen Verfassung durch Bundesrecht nicht außer Kraft gesetzt sei. Natürlich wird dieser Richter auch entsprechend entscheiden. Sein Auftrag ist es nicht, die Gesetze zugunsten der Arbeiter anzuwenden, sondern mit Hilfe der Gesetze den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken.

Die Entscheidung darüber, ob den Unternehmern die Waffe der Aussperrung aus der Hand geschlagen wird, fällt letzten Endes nicht vor den Arbeitsgerichten oder im Parlament. Die Unternehmer haben sich schließlich auch einen Dreck um das Aussperrungsverbot der hessischen Verfassung gekümmert. Die Arbeiter selber müssen in den Betrieben und auf der Straße dafür kämpfen, daß die Unternehmer mit ihrem Aussperrungsterror nicht durchkommen. Gerade das aber wollen die Bonzen des Gewerkschaftsapparats verhindern, indem sie die Kampffront spalten und schwächen wie sie es im Frühjahr mit ihrer Streikbruchtaktik getan haben. Die Kollegen antworteten damals mit den Forderungen „Für bundesweiten Vollstreik" und „Besetzung der ausgesperrten Betriebe". Diese Forderungen gegen den Gewerkschaftsapparat im selbständigen Kampf durchzusetzen — das ist die richtige Antwort auf den Aussperrungsterror der Unternehmer.

Brauerei-Arbeiter:

Noch immer kein Manteltarifvertrag!

Stark angestiegen ist die Ausbeutung in den Brauerei-Betrieben Nordrhein-Westfalens. In den letzten Jahren sank die Zahl der Beschäftigten um 5.000 auf 17.000, während der Bierverkauf in der gleichen Zeit um 32,9 Prozent auf 27 Millionen Hektoliter im Jahr stieg. An den Brauerei-Kollegen ist die Plackerei nicht spurlos vorbeigegangen. Berechtigterweise ist bei ihnen die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und nach mehr Urlaub und Pausen aufgekommen.

Die Bonzen der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten (NGG) haben zwar die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche ab 55 Jahre und 32-Stunden-Woche ab 60 Jahre aufgestellt. Aber was nützt das, wenn nicht sichergestellt wird, daß diese Arbeitszeitverkürzungen nicht auf spätere Lohnverhandlungen angerechnet werden. Aber auch, wie die NGG-Bonzen den Kampf führen, ist bezeichnend. Seit Ende 1977 haben sie die Verhandlungen über fünf Sitzungen verschleppt. Obwohl eine große Kampfbereitschaft bei den Brauereiarbeitern vorhanden ist, setzen sie diese nicht ein, um die Forderungen durchzusetzen. Im Gegenteil, sie drohen nur in Worten mit Streik.

Dabei ist es der Kampfbereitschaft der Belegschaften zu verdanken, daß die Dortmunder Union-Schultheiss-Brauerei weitere Werkschließungen in diesem Jahr aufgeben mußte. Ein NGG-Bonze machte die Schließung von Braustätten davon abhängig, ob das Unternehmen dadurch ein „Abschmelzen von Marktanteilen" erleidet. Die Brauerei-Arbeiter aber kämpfen gegen die Schließung ihrer Betriebe, weil sie ihre Arbeitsplätze verteidigen, ihre Existenzgrundlage! Auf den NGG-Apparat, der nur das Wohlergehen der Profite im Auge hat, können sich die Kollegen in ihrem Kampf nicht stützen!



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526

Handwerkerstreik bei Dunlop /Hanau

Liebe Genossen!

Ihr habt im Roten Morgen über den einstündigen Warnstreik der Handwerker bei Dunlop in Hanau berichtet. Inzwischen ist der Kampf noch weitergegangen und hat seinen vorläufigen Abschluß gefunden.

Die Forderung der Handwerker war: Lohnerhöhung von 1,50 DM bis 2 DM bzw. Angleichung an die Akkordlöhne. Die Akkordarbeiter verdienen zwar 13 DM die Stunde, dazu muß man aber sagen: Akkordarbeit bei Dunlop ist eine ungeheure Schinderei und die schwerste Arbeit im ganzen Betrieb. Eine harte Knochenarbeit unter schmutzigen Arbeitsbedingungen, wo oft die Pausen durchgearbeitet werden. Meistens werden türkische Arbeiter dafür herangezogen.

Die Handwerker andererseits haben extrem niedrige Löhne: Von 9,20 DM (Neue Betriebsschlosser, Schmierer usw.) bis ca. 10,90 DM (Schweißer usw.). Wegen der Erhöhung dieser Löhne traten die Handwerker in den Streik. Damit war eine langjährige Forderung wieder aufgebrochen. Am Mittwoch, den 28.6. gab es dann eine einstündige „wilde" Arbeitsniederlegung. Am nächsten Mittwoch gab es dann schon einen dreistündigen Streik, an dem die Kollegen der Abteilungen ME, UR, Elektriker teilnahmen. Hier wurde die Forderung von 1,50 DM bis 2 DM mehr Lohn aufgestellt. Die Kollegen forderten, daß die Geschäftsleitung erscheint und weigerten sich, wieder an die Arbeit zu gehen. Als nach eineinhalb Stunden die Geschäftsleitung sich endlich sehen ließ, wurden die Verhandlungen in den Abteilungen fortgesetzt, wo sie dann letztlich vertagt wurden.

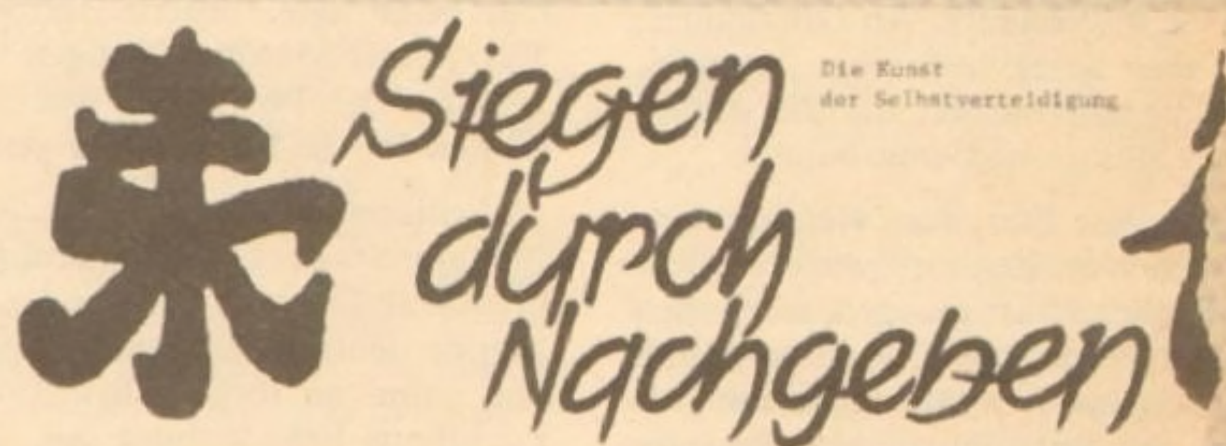
Am 12. 7. dann kommt die Geschäftsleitung in die Abteilung und verhandelt mit allen Kollegen. Sie gesteht letzten Endes Lohnerhöhungen von 6 Pfennig bis 24 Pfennig zu. Das entspricht natürlich bei weitem nicht der Forderung. Aber für die Handwerker ist es trotzdem ein Erfolg, weil sie von langjährigem Stillhalten zum Kampf übergegangen sind und eine Verbesserung ihrer Löhne erkämpft haben. Dieser Kampf hat die Belegschaft auch um einige Erfahrungen reicher gemacht und ihr Selbstbewußtsein gegenüber ihrem kapitalistischen Ausbeuter gestärkt.

Werkschutz bei KWU

Liebe Genossen!

Euer Bericht über den Werkschutz von CWH regte mich an, Euch aus der Werkszeitung „Intern" der KWU diesen Bericht zu schicken. Er zeigt gut, daß auch hier der Werkschutz eine hochtrainierte Schlägertruppe ist, und eine Killertruppe, denn mit Pistolen ist der Werkschutz auch ausgerüstet — natürlich mit Zustimmung des Betriebsrats. Die Anti-Terroristen-Hetze nach der Mogadischu-Entführung benutzten Werksleitung und Betriebsrat, um auch noch scharfe Hunde anzuschaffen. Der Bericht zeigt auch das Bemühen, den faschistischen Charakter und die faschistischen Methoden des Werkschutzes zu verstecken hinter einem Rauchvorhang aus „Sport" und „Buddhismus" und sogar „Selbstverteidigung". Daß diese Werkschutzer revolutionäre Arbeiter bespitzeln und schikanieren, daß sie Flugblattverteiler vorm Tor mit Tränengas angreifen, daß sie eng mit der Politischen Polizei zusammenarbeiten, das alles (und sicher noch viel mehr) wird wohlweislich verschwiegen.

Mit vielen Grüßen
Ein Genosse



Siegen durch Nachgeben

Die Kunst der Selbstverteidigung

Sie trainieren in gemischten Gruppen: junge Damen gegen junge Herren und umgekehrt. Geräuschvoll fallen Körper auf nicht sehr weiche Plastikmatten, von einem Hand- oder Schenkelwurf außer Gefecht gesetzt. Mülheim, 20.30 Uhr, Sporthalle an der Zinkhüttenstraße, ein Donnerstagabend. Rund 30 Personen üben sich in der Kunst der Selbstverteidigung: Jiu-Jitsu. KWU-Mann Hans Gerd Niederstein, Meister und 8. Dan, gibt mit knappen, aber präzisen Gesten und Worten Anweisungen.

120 Personen stark ist die Gruppe, die Niedersteins Trainingsabende besucht; etwa die Hälfte davon sind KWU-Angehörige. Auch einige Beamte der Mülheimer Kriminalpolizei lassen sich trainieren.

Von Angriffsschreien begleitet

Übergang in den Stand und in Verteidigungsstellung gegangen, sind aus dem Stand in die Liegestütz gesprungen und haben den Partner mit einem kraftvollen Fußstoß gegen die Schulter rückwärts von einem Stuhl geworfen.

Auch eine Geisteshaltung

Übergangslos schließt sich dem Formations- das Einzeltraining an. Wie verteidigt sich eine Frau mit Schirm gegen einen Angreifer, der mit einem Messer bewaffnet ist? Gegenangriff aus der Bodenlage, Befreiung aus dem Würgegriff. Das klingt alles sehr kriegerisch, vollzieht sich aber nicht nach dem Prinzip "Angriff ist die beste Verteidigung". Jiu-Jitsu ist reine Selbstverteidigung - es ist aber letztlich mehr, wie Niederste[illegible]

Aus der Werkszeitung „Intern" von KWU

Rationalisierung auf kaltem Wege!

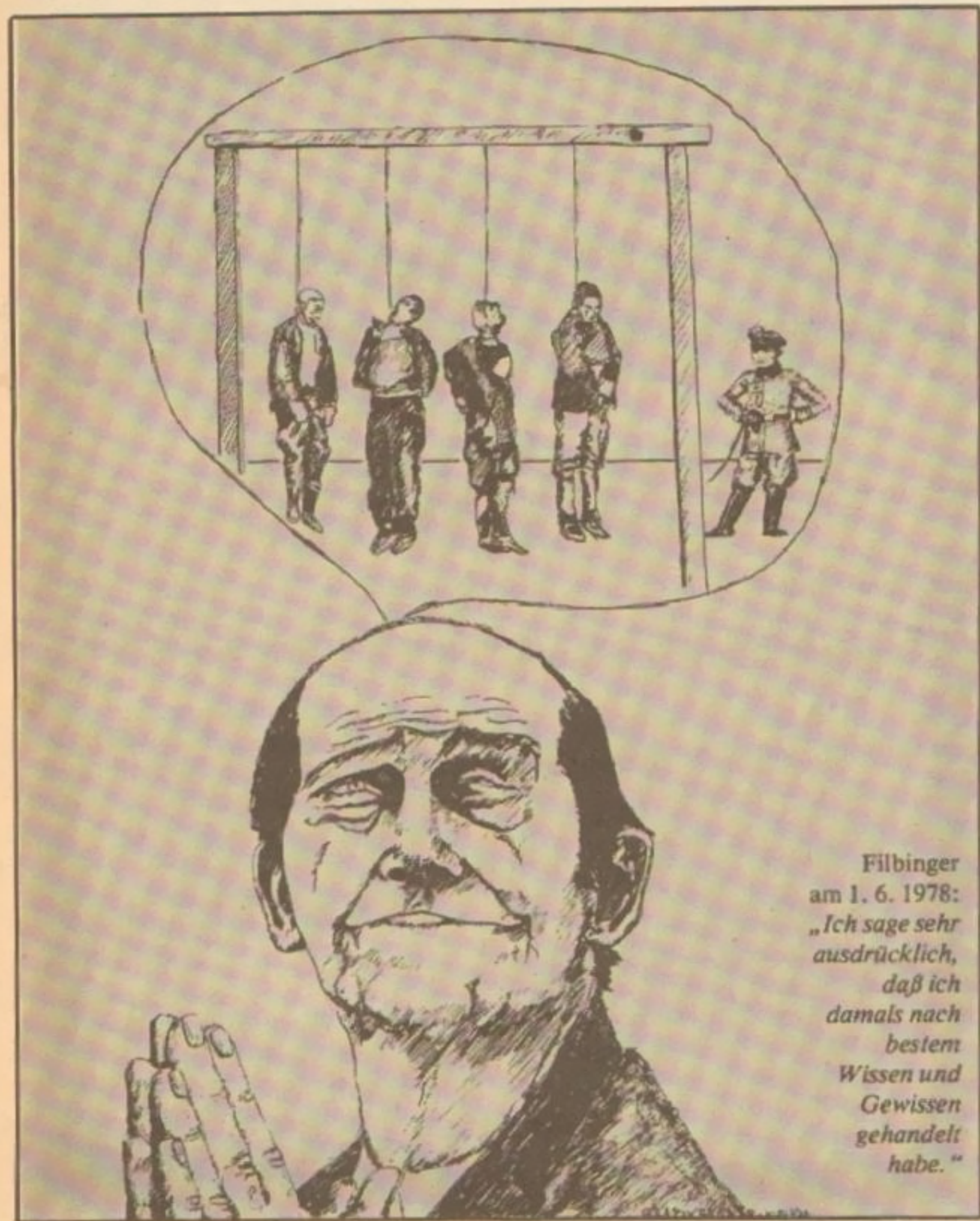
Auch in diesem Jahr sollen die ausländischen Kollegen wieder mit einem „großartigen" Angebot geködert werden. Die Mannesmann-Kapitalisten geben den Kollegen, die bis zu drei Monaten unbezahlten Urlaub nehmen, einen Vorschuß von 3.000 DM. Wenn die Kollegen dann nicht wieder anfangen, können sie das Geld behalten und bekommen 4.000 DM noch dazu.

Was für die Mannesmann-Herren dabei herausspringt, hat sich im letzten Jahr gezeigt: bei 500 Urlaubern ein Extraprofit von über einer Million Mark. Denn die zurückbleibenden Kollegen mußten die Arbeit mitübernehmen. Und die Arbeitsplätze der 150 Kollegen, die dann kündigten, wurden so auf raffinierte Art und Weise wegrationalisiert. Auch das bedeutete einen Riesenprofit.

Und für uns bedeutet das, wie bei jeder anderen Rationalisierung auch, daß wir für die Kollegen, die in Urlaub sind, wie für die, die kündigten, erst mal einspringen müssen, also steigende Arbeitshetze!

(Diesen Artikel entnahmen wir aus dem „Röhrenkieker", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann)

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —



Filbinger am 1. 6. 1978: *„Ich sage sehr ausdrücklich, daß ich damals nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe."*

Filbinger kein Einzelfall

Daß ein blutiger Nazi-Richter wie Filbinger heute wieder in Amt und Würden sitzt, ist für diesen Bonner Staat nichts Außergewöhnliches. Man braucht sich nur an den ehemaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke zu erinnern, der als KZ-Baumeister und Vertrauensmann der Gestapo arbeitete. Oder an den ehemaligen Bundeskanzler Kiesinger, leitender Ribbentrop-Mitarbeiter. An den Wirtschaftminister Schiller, der durch ökonomische Untersuchungsarbeiten die Aggression der Hitler-Armeen unterstützte. An den Staatssekretär Globke, der die Nürnberger Rassengesetze mitverfaßte. An Oberländer. An die Kriegsverbrecher Speidel, Heusinger, Trettner, die die Armee dieses Staates wiederaufbauten.

All diese führenden Repräsentanten des Nazi-Regimes wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, sie bauten im Gegenteil die „Bundesrepublik Deutschland" von Anfang an mit auf. Denn die imperialistischen Besatzer und unter ihrem Schutz das deutsche Monopolkapital brauchten diese Experten des verbrecherischen Nazi-Regimes, um die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen. Sie traten das Potsdamer Abkommen mit Füßen, das die Verfolgung der Nazi-Verbrechen verlangte, das die Säuberung der Schlüsselstellungen in Staat, Wirtschaft und Justiz von Nazis forderte.

So verfügte der Alliierte Kontrollrat im Oktober 1945: „zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitler-Regimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden."

Und was ist passiert? Angeklagt im Nürnberger Juristen-Prozeß wurden allein führende Juristen vom Volksgerichtshof. Schon 1950 war nur ein einziger Verurteilter noch nicht durch eine Gnadenaktion begünstigt worden. Die zahlreichen Richter und Staatsanwälte der faschistischen Ausnahme- und Sondergerichte dagegen saßen fast alle wieder in Amt und Würden. Nicht einer der zum Teil mit 100 Bluturteilen belasteten Nazi-Juristen wurde in der Bundesrepublik vor ein Gericht gestellt. So ist die westdeutsche Justiz durchsetzt mit Juristen, die schon unter Hitler Terror-Urteile gegen Werktätige fällten. Wie Filbinger sind auch zahlreiche dieser Blutrichter in hohe Regierungspositionen aufgerückt.

• Matthias Hoogen beantragte am 24. April 1944 gegen den deutschen Soldaten Felix Stolz, Vater von fünf Kindern, das Todesurteil. Stolz war es gelungen, vorübergehend aus einer Feldstrafgefangenenabteilung zu fliehen. Obwohl der Verteidiger Zuchthaus beantragte, forderte Hoogen den Tod. Dieser Matthias Hoogen wurde 1964 auf den Posten des Wehrbeauftragten für die Bundeswehr gesetzt.

• Schlegelberger, der Sohn des Justizministers der Nazi-Regierung, verurteilte als Oberstabsrichter der Nazi-Marine deutsche Soldaten zum Tode und nahm an ihrer Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg teil. Dieser Hartwig Schlegelberger wurde Innenminister von Schleswig-Holstein.

• Hans Krüger wurde 1940 Richter im besetzten Konitz/Polen. Zeugen bestätigten: „Nach jeder Visite durch Krüger im Gefängnis wurden die Inhaftierten sortiert und ein Teil von ihnen zur Hinrichtungsstätte in das „Tal des Todes" gefahren, wo sie ermordet wurden." Dieser Hans Krüger war von 1957 bis 1965 CDU-Bundestagsabgeordneter und zeitweilig „Vertriebenenminister".

Das gleiche Bild nicht nur bei der Justiz, sondern auch bei Polizei und Bundeswehr. In führenden Positionen Männer, die die Nazi-Verbrechen mitzuverantworten haben. Diese Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Nazi- und Kriegsverbrechern ist kein Zufall. Denn die Wurzeln des Faschismus, die Macht des Finanzkapitals, wurden nach 1945 nicht ausgerissen. Diejenigen, die Hitler an die Macht brachten, die Thyssen, Krupp und Konsorten, sie herrschen auch heute, und sie verzichten ungern auf die im Hitler-Faschismus „bewährten" Kräfte. Der Kampf gegen die faschistischen Verbrecher im Staatsapparat ist daher nur konsequent, wenn wir ihn zugleich gegen die Grundlage dieser Rehabilitierung richten: gegen die Macht des Monopolkapitals!

Weg mit Filbinger!

Wer weiß, was noch ans Tageslicht kommt! Auf jeden Fall: die Tatsachen, die über Filbingers Tätigkeit als Marinerichter des Nazi-Regimes an die Öffentlichkeit kamen, sind empörend genug! Ein Blutrichter als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg — dies wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf diejenigen, die nach 1945 diese angeblich „freiheitlich-demokratische Grundordnung" aufgebaut haben, sondern auch auf die Bonner Politiker, die sich jetzt keineswegs scheuen, die Henkersarbeit dieses Herrn auch noch zu verteidigen. Als eine Art „Kavaliersdelikt", das man nur zu „bereuen" habe.

Nur stückchenweise gab dieser Herr zu; nach jeder neuen Enthüllung versuchte er, seine verbrecherische Arbeit im Dienste des Nazi-Regimes zu „rechtfertigen". Erinnern wir uns:

Der Schriftsteller Hochhuth schreibt in einem Aufsatz, Filbinger sei ein „furchtbarer Jurist" gewesen, der „sogar noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod einen deutschen Matrosen mit Nazi-Gesetzen verfolgt hat." Filbinger versucht, den Schriftsteller durch einen Prozeß mundtot zu machen. Er behauptet: „Meine antinazistische Gesinnung ist bekannt."

• Kurz vor dem Prozeß kommt an die Öffentlichkeit: Filbinger hat am 16. Januar 1945 die Hinrichtung des Matrosen Walter Gröger beantragt und persönlich vollstreckt. Weil dieser Soldat den Krieg satt hatte. Filbinger: „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!" Und das Staatsministerium erklärte, es sei „völlig verfehlt, aus den damaligen Verfahren gegen Gröger und Petzold auf eine nazistische Gesinnung des damaligen Marinestabsrichters Filbinger zu schließen."

• Ende Mai wird allerdings Filbingers erste „wissenschaftliche Veröffentlichung" aus dem Jahre 1935 bekannt, die im faschistischen Jargon propagiert, „Schädlinge am Volksganzen unschädlich zu machen". Filbinger erklärt dazu, „er habe sich nicht mit dem Geschriebenen identifiziert". Das sei eine „Jugendsünde".

• Am 1. Juni enthüllt ein ehemaliger Studienkollege von Filbinger, daß der jetzige Ministerpräsident sich in der Tat mit dem Faschismus identifiziert hat: Er war in den Jahren 1935 bis 1937 im Freiburger SA-Studentensturm. Filbingers Regierungssprecher: „Eine Gehässigkeit, die für sich spricht."

• Am 9. Juni legt der Schriftsteller Hochhuth ein neues Urteil von Filbinger vor. Zehn Wochen nach der Niederlage des Hitler-Faschismus schrieb der Marinerichter, die Tat sei „an sich ... mit der Todesstrafe bedroht". Das Stuttgarter Staatsministerium reagiert mit der Bemerkung, es handle sich um nichts Neues. „Es bleibt bei der Versicherung des Ministerpräsidenten, daß er außer dem Fall Gröger keine Todesstrafe beantragt und keine verhängt hat."

• Anfang Juli wird durch „Panorama" und die Illustrierte „Stern" diese Behauptung Filbingers als Lüge entlarvt. Filbinger hat gegen zwei fahnenflüchtige Matrosen in Abwesenheit die Todesstrafe ausgesprochen. Filbinger redet sich raus, dies seien „Phantom-Urteile" gewesen. Es sei „nicht um das Leben von Menschen, sondern nur und ausschließlich um Abschreckung gegangen." Die CDU in Bonn stellt sich hinter Filbinger. Ihm könne „wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter weder rechtlich noch menschlich ein Vorwurf gemacht werden"!

Gestern Nazi . . .

Weder „rechtlich noch menschlich"? Das Bild, das dieser Herr Filbinger nach den zahlreichen Enthüllungen abgibt, ist das eines Mannes, der den faschistischen Terror der Hitler-Diktatur von Anfang an verherrlicht hat, der persönlich Verantwortung für die blutige Herrschaft des Faschismus über die deutschen Werktätigen trägt.

... Element). Diese Blutsgemeinschaft muß rein erhalten und die rassisch wertvollen Bestandteile des deutschen Volkes planvoll vorwärtsentwickelt werden...

Schließlich ist noch ein Wort über den Verbrecher als solchen zu sagen. Die Rechtsordnung des neuen Staates will kein blutleeres Gebilde — von Gelehrtenhirnen ausgedacht und dem Volk und Staat übergestülpt —, sondern die aus dem Volk erwachsene und vom Volk gewollte Lebensordnung sein. Der Verbrecher verneint durch seine Tat den Ordnungswillen des Volkes, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und fordert die Strafe als Reaktion der Gemeinschaft auf sein die Volksgemeinschaft zerstörendes, mißachtendes und verratendes Tun. Nicht der zufällige äußere Erfolg einer Tat wird daher Anlaß zur Strafe, sondern der in ihr sich offenbarende Gesinnungsverfall des Täters gegenüber seiner Stellung in dieser Gemeinschaft. Die Strafe wird deshalb um so empfindlicher werden, je intensiver der verbrecherische, aus der Gemeinschaft herausfallende Wille zutage trat.

Schädlinge am Volksganzen jedoch, deren offenkundiger verbrecherischer Hang immer wieder strafbare Handlungen hervorrufen

Auszug aus einem Aufsatz Filbingers über die Aufgaben des NS-Strafrechts.

Bereits 1935 hat Filbinger als Student die faschistischen Blut-Gesetze mit den Worten verteidigt: „Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts". „Das Verbrechen gegen den Staat ist... ein Angriff gegen den Bestand der Volksgemeinschaft, also schwerstes Verbrechen, das die Rechtsordnung überhaupt kennt..."

Was Filbinger hier als „wirksamen Neubau des deutschen Rechts" lobt, sind die in den Jahren 1933/34 von Hitler erlassenen Verordnungen und Gesetze, mit denen er zahllose Antifaschisten blutig verfolgte, mit denen die Faschisten Werktätige in Konzentrationslager einwiesen und dem Henker auslieferten. Solche Gesetzesmachwerke wie die „Verordnung gegen den Verrat am Deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe" vom 28. 2. 33 oder die „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" vom 21. 3. 33. Filbinger propagierte in seiner faschistischen Propagandaschrift gegen die „meist unverbesserlichen" Rechtsbrecher neben schärferen Strafen auch gleich noch „Entmannung" und, damals schon, „Untersagung der Berufsausübung".

Später hat dann dieser Jurist, der die faschistischen Terror-Gesetze pries, den faschistischen Raubkrieg, dem zig Millionen Menschen in den überfallenen Ländern zum Opfer fielen, mit dem Henkerbeil unterstützt. Filbinger war einer jener Blut-Richter, die bis zuletzt, ja über den Tod Hitlers hinaus, jeden Soldaten verfolgten, der bei dem faschistischen Raubkrieg nicht mehr mitmachen wollte.

Am 16. Januar 1945 beantragte er die Hinrichtung des Matrosen Walter Gröger. Er persönlich überwachte die Vollstreckung des Todesurteils. Am 16. März 1945 wurde der Marineobergefreite Gallek, der mit einem Boot nach Schweden geflüchtet war, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die deutsche Seekriegsleitung meldete: „Das Todesurteil verhängte der Marinestabsrichter Dr. Hans Karl Filbinger." Am 17. April ein weiteres Todesurteil. Unterschrift ebenfalls: Marinestabsrichter Filbinger.

Es sei bei diesen Todesurteilen „nur um Abschreckung" gegangen, sagen Filbingers Verteidiger jetzt. „Nur um Abschreckung"? Der blutige Terror der Faschisten gegen die Soldaten der eigenen Armee war die Grundlage für ihre Aggression! Und Filbinger hat sogar über das Kriegsende hinaus angeblichen „Gesinnungsverfall" in der faschistischen Armee verfolgt.

. . . und heute Kurs auf ein neues '33

„Filbinger war ein Nazi und handelte als Nazi; Nazi von der Sorte, wie es sie auch ohne Hitler in Deutschland gegeben hätte", dieses Urteil des „Spiegel" bestätigt sich auch durch Filbingers Tätigkeit als Politiker, „der an hervorragender Stelle am Wiederaufbau des freiheitlich-demokratischen Nachkriegsdeutschland beteiligt war".

Auf Filbingers Konto gehen die brutalen Polizeieinsätze gegen die Landbevölkerung vom Kaiserstuhl, die sich gegen das Atomkraftwerk Whyl gewehrt hat. Auf sein Konto geht der Polizeiüberfall auf das Studentenwohnheim „Collegium Academicum" in Heidelberg. Im Stuttgarter Gefängnis Stammheim geschah das Massaker an politischen Gefangenen.

Auf Filbingers Betreiben wird in Baden-Württemberg die Praxis der Berufsverbote besonders scharf angewendet. Dieser Ministerpräsident hat die Verfaßte Studentenschaft mit dem bezeichnenden Argument zerschlagen: „Es muß ein Ende haben mit dem uferlosen Gewährenlassen und dem standpunktlosen Tolerieren von jedem, der Kritik an allem und jedem übt."



Von Filbinger zum Tode verurteilter Marinesoldat Gröger

Im Auftrag Filbingers schrieb das Stuttgarter Staatsministerium an zwei Hetzer gegen die Schriftstellerin Luise Rinser: „Bei der derzeitigen Rechtslage ist es sehr schwierig, die Sympathisantenszene strafrechtlich zu erfassen... Der Grundgedanke Ihres Vorgehens liegt auch uns am Herzen: Wir müssen gemeinsam die Wurzel des Terrorismus erkennen und mit aller Entschiedenheit bekämpfen."

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den „Terrorismus" hat dieser Filbinger wesentlich dazu beigetragen, die Faschisierung dieses Staates voranzutreiben. Seine Regierung war Vorreiter bei der systematischen Bespitzelung streikender Arbeiter, bei dem Durchpeitschen der Verteidigerüberwachung und des Kontaktsperregesetzes.

Weg mit Filbinger! Diese Forderung erheben immer mehr empörte Menschen. Sicher bedeutet ein Rücktritt dieses ehemaligen Nazi-Marinerichters keineswegs, daß sich damit der Charakter dieses Staates ändert, dieses Bonner Staates, der sich zu Recht als Nachfolgestaat des Dritten Reiches bezeichnet. Allerdings setzt der Kampf für den Rücktritt dieses Faschisten ein Zeichen. Ein Zeichen dafür, daß die Werktätigen jede Rehabilitierung der faschistischen Verbrechen der Nazi-Diktatur bekämpfen, daß sie dem Bonner Kurs auf ein neues '33 Widerstand entgegensetzen.

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk! Weg mit Filbinger!

Groenewold-Prozeß

Die politische Verteidigung wird verfolgt

Zwei Jahre Gefängnis auf fünf Jahre Bewährung! Dieses ungeheuerliche Urteil sprach am Montag letzter Woche das Hamburger Oberlandesgericht gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold aus. Ungeheuerlich vor allem deswegen, weil hier ein Rechtsanwalt wegen seiner Tätigkeit als Strafverteidiger in politischen Prozessen verurteilt wurde. Eine deutliche Drohung für alle fortschrittlichen Anwälte, die sich nicht als verlängerter Arm des Staates mißbrauchen lassen wollen.

Bereits die Gerichtsverhandlung demonstrierte: Es ging hier keineswegs um einen „grundsätzlichen gruppendynamischen Prozeß, bei dem alle Beteiligten gelernt haben", wie es der Richter schönfärberisch formulierte, sondern um einen Prozeß, bei dem die Verurteilung von vornherein feststand. Polizisten mit Maschinenpistolen im Gericht, eine dicke Trennscheibe zwischen Zuschauern und Prozeßbeteiligten — diese Vorkehrungen sprechen eine klare Sprache.

Ebenso die ständigen Verfolgungen, denen Rechtsanwalt Groenewold ausgesetzt war, seitdem er politische Gefangene der RAF in Stammheim verteidigte: Ausschaltung von der Verteidigung, vorläufiges Berufsverbot, Überwachung der Telefone seines Büros und seiner Privatwohnung, öffentliche Vorverurteilung durch Presse und Justizministerium.

Was wurde denn diesem Rechtsanwalt Groenewold vorgeworfen? Es heißt, er soll durch seine „politische Art" der Verteidigung das „Zusammengehörigkeitsgefühl der politischen Gefangenen gestärkt und so „die Fortführung der kriminellen Vereinigung in der Haft" ermöglicht haben! Konkret: er habe schriftliche Rundbriefe während dreier Hungerstreiks an die RAF-Gefangenen vertrieben. Und dies soll „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" sein?

Der Verteidiger des angeklagten Rechtsanwalts sagte in seinem Schlußwort zu Recht: Was die Bundesanwaltschaft als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" bezeichne, sei in Wirklichkeit eine der wichtigsten Aufgaben des Verteidigers, seinen Mandanten zu helfen, ihnen Mut zu machen. Ebenso sei es Pflicht eines Anwalts, die Haftbedingungen zu verbessern. Und was das angebliche „Informationssystem" beträfe: Jeder Angeklagte habe schließlich das Recht, im Prozeß Erklärungen abzugeben. Der Verteidiger müsse solche Erklärungen vorbereiten. Es gehe in diesem Hamburger Prozeß letztlich um die Frage, ob der Verteidiger seinen Mandanten dienen sollte oder sich nach den Interessen des Staates ausrichten müsse.

Die Rechte der Verteidiger waren immer nur beschränkt, beschnitten — mit diesem Strafverfahren allerdings wird angestrebt, jeden Rechtsanwalt in einem politischen Prozeß, der auf diesen wenigen Rechten besteht, zu verfolgen. Nach der Methode: Wer seine Verteidigertätigkeit nicht dazu einsetzt, ein „reibungsloses Verfahren" im Sinne der Klassenjustiz durchzuführen, wird verdächtigt, ein „Mittäter" oder „Sympathisant" zu sein.

Darum hat dieser Prozeß gegen Rechtsanwalt Groenewold exemplarische Bedeutung. Die Bourgeoisie strebt politische Prozesse an, in denen der Angeklagte nicht mehr mit einem Anwalt seines Vertrauens dem Gericht gegenübersitzt, sondern mit Anwälten, die als verlängerter Arm des Gerichts und der Staatsschutzbehörden arbeiten. Entweder Unterordnung — oder Ausschluß aus dem Verfahren und dem Beruf — mit dieser Drohung versucht der Staat durch das Groenewold-Urteil alle fortschrittlichen Anwälte unter Druck zu setzen.

Rechtsanwalt Groenewold hat „Bewährung" erhalten, weil für ihn die „Grenzen zwischen Recht und Unrecht schwer auszumachen gewesen seien". Für alle anderen Verteidiger heißt dies: Jetzt kennt ihr durch das Groenewold-Urteil die Grenzen! Und wo diese Grenzen liegen, zeigt unter anderem die Feststellung in dem Urteil, daß „Gedanken über die Gegenwart und Zukunft einer sich politisch verstehenden Gruppe in einem Prozeß rechtlich unzulässig sind". Die politische Verteidigung eines Angeklagten soll also unmöglich gemacht werden.

Weg mit dem Groenewold-Urteil! Kampf der Einschränkung der Rechte auf Verteidigung!

Hamburger Antifaschisten-Prozeß

„Justitia schielt, und zwar nach rechts!"

Noch immer wird im Saal 237, im Staatsschutzsaal gegen die Antifaschisten verhandelt. Weil sie gegen den internationalen Faschistenkongreß 1976 in Hamburg protestiert haben, sollen sie hinter Gitter. Schon die Prozeßbedingungen sind empörend: Leibesvisitation für die Zuschauer, Trennscheibe im Gerichtssaal, Polizeibewachung. Während die Antifaschisten wie schlimmste Verbrecher behandelt werden, demonstrieren die Justizbehörden am gleichen Tag ihre Sympathie für die Faschisten.

Am 5. Juli läuft auf der gleichen Etage des Strafjustizgebäudes noch ein anderer Prozeß. Gegen den Nazi-Aktivisten Eckart, von dem unter anderem die Äußerung bekannt ist: „Man muß den Juden in die grinsende Fresse schlagen, ihre Häuser kennzeichnen und ihre Synagogen anzünden!" Gegen diesen Neo-Nazi verhandelt die Große Strafkammer 19, die Staatsschutzkammer. Ihr Saal ist normalerweise der Staatsschutzsaal. Aber sie verhandelt nicht dort, denn in diesem „Affenkäfig" sollen die Antifaschisten abgeurteilt werden.

Während die Zuschauer, die zu dem Antifaschistenprozeß gehen wollen, wie Kriminelle behandelt werden, verläuft die Verhandlung gegen den Faschisten Eckart unter ganz normalen Bedingungen. Auch die offenen Nazis unter den Zuschauern können nicht klagen: In Schwarzhemden dürfen sie in das Gebäude marschieren, an der Verhandlung teilnehmen und wieder abziehen. In einem ehemaligen Bundeswehrauto, in dem deutlich Nazi-Propagandamaterial zu erkennen ist. Und das unter den Augen der Polizei! Denn das Gebäude starrt förmlich von Polizei, größtenteils mit Maschinenpistolen bewaffnet. Sie ist zur Kontrolle des Antifaschistenprozesses abgestellt.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß einer der angeklagten Antifaschisten zu Recht in seinem Antrag auf Einstellung des Verfahrens anprangerte: „Justitia, diese Figur mit der Augenbinde und der Waage in der Hand, diese Symbolfigur für eine neutrale Justiz, wie sie uns immer vorgegaukelt wird, hat nur als Symbol diese Augenbinde auf. Schauen wir ihr aber in die Augen, dann merkt man, daß sie schielt und zwar nach rechts!"

Der Prozeß ist ein Hohn auf jegliche Gerechtigkeit. Fast alle Anträge werden ohne Begründung abgelehnt („Sie können Anträge stellen, so viel wie sie wollen...") — spätestens auf Befehl von oben! So wurde vom Landgerichtspräsidenten verboten, den Prozeß in einen anderen Saal zu verlegen. Inzwischen hat dieser Landgerichtspräsident dreist behauptet, der Staatsschutzsaal sei auf Wunsch der Verteidigung ausgesucht worden! Als die Verteidigung darauf empört von Richtern und Staatsanwalt verlangte, sie sollten sagen, ob sie diese wahrheitswidrige Behauptung an den Landgerichtspräsidenten weitergegeben haben, erklärte der Staatsanwalt einfach, er lasse sich nicht ausforschen. „Wenn Sie dies nicht aufklären wollen, dann müssen Sie es hinnehmen, daß Sie in der Öffentlichkeit als Lügner bezeichnet werden können." Diese berechtigte Aussage des Antifaschisten Wolfgang K. verfolgte das Gericht sofort mit einer Ordnungsstrafe von 240 Mark.

Alles deutet darauf hin, daß die Klassenjustiz hohe Strafen anordnen will. Selbst bei „milden" Urteilen wird man versuchen, die Prozeßkosten, die mehr als 100.000 Mark ausmachen, auf die Angeklagten abzuwälzen. Dabei bedroht allein der Prozeß schon ihre Existenz. Denn wer kann schon 30 Verhandlungstage in seinem Betrieb fehlen? Uwe Ruß ist bereits durch die Betriebsleitung entlassen worden, weil er nicht „verfügbar sei".

Aber weder die Angeklagten noch die Zuschauer lassen sich einschüchtern. Die Antifaschisten kämpfen auch vor Gericht entschlossen gegen die alten Nazis und die faschistische Entwicklung in der Bundesrepublik. Gerade die Justiz dieses Staates ist durchsetzt und aufgebaut von Nazi-Richtern. Die jüngsten Enthüllungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Repräsentanten dieses Justiz-Systems: Der ehemalige Justizminister Puvogel forderte 1936 den rassistischen Massenmord (RM 13/78). Der oberste hessische Arbeitsrichter Joachim ebenfalls mit faschistischer Vergangenheit (RM 20/78). Der Richter Stempel am Obersten Landesgericht in Bayern sammelt Geld für Neo-Nazis (siehe Kasten rechts). Von dieser Justiz ist keine Gerechtigkeit gegen Antifaschisten zu erwarten. Im Gegenteil, gerade die Klassenjustiz geht zu immer offeneren faschistischen Maßnahmen gegen die Werktätigen vor, gegen Antifaschisten und Kommunisten.

Nur breite Solidarität mit den angeklagten Antifaschisten kann verhindern, daß die Antifaschisten hinter Gitter kommen, während sich in diesem Staat Alt- und Neo-Nazis unter Polizeischutz breit machen. Verhindern wir ein Terrorurteil! **Die nächsten Termine: 20. und 21. Juli. Nach den Gerichtsferien geht es am 21. August weiter! Jeweils im Strafjustizgebäude Hamburg, Sievekingplatz, Saal 237, ab 9 Uhr!**



In der Nacht zum 15. Juli schlugen drei faschistische Elemente einen Schaukasten in Bremen ein, in dem Informationen über den Antifaschisten-Prozeß ausgehängt waren. Die Polizei weigerte sich, eine Anzeige aufzunehmen. In Hannover wurde ebenfalls ein Schaufenster des Buchladens „Roter Morgen" eingeschlagen, das die Taten des Marinerichters Filbinger anprangerte.

Freispruch im KOB-Prozeß

Am 30. 6. standen Roswitha H. und zwei Passanten das zweite Mal vor Gericht. Sie sollen gemeinschaftlich das Lieblingskind des Berliner Polizeipräsidenten, die Kontaktbereichsbeamten, beleidigt haben. Im ersten Prozeß waren die Angeklagten zusammen zu 4.250 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Wie auch im ersten Prozeß waren die Aussagen der Polizisten dünn wie Wasser. So gaben die Polizisten sieben verschiedene Versionen des Vorfalls an. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht davon abhalten lassen werden, gegen Unrecht, und sei es auch von Polizisten begangen, ihren gerechten Protest zu äußern. Angesichts der festen Haltung der drei und der Solidarität der Zuschauer konnte auch der Staatsanwalt mit den Aussagen der zwei Polizisten keinen Staat machen. Er sah sich genötigt, Freispruch zu fordern, dem dann das Gericht auch entsprach. Zur Vorbereitung des Prozesses hatte die RHD Flugblätter verteilt und Geld gesammelt, das nun nach dem siegreichen Prozeß für die weitere Arbeit der RHD verwendet wird.

Vorsicht Messerstecher!

Die Betriebszeitung „Zündkerze" für Opel Rüsselsheim entlarvt in ihrer jüngsten Ausgabe den kroatischen Faschisten Ilja Tole, der sich unbehelligt von Opel-Betriebsleitung und der Polizei austoben kann. Auf einer Kundgebung der NPD in Rüsselsheim war er mit erhobenem Arm beim Hitler-Gruß zu sehen. Der Faschist Ilja Tole arbeitet als Stapelfahrer in der Opel-Schmiede. Hier eine unvollständige Aufstellung seiner „Heldentaten": 1975 stach er einem Flugblattverteiler mit dem Messer ins Knie. Am 3. Mai 1978 schlug er einem Verteiler der „Zündkerze" von hinten mit einem Totschläger über den Kopf. Einen Kandidaten der „Arbeiteropposition" holte er auf dem Weg zur Arbeit vom Fahrrad, bedrohte ihn mit dem Totschläger und den Worten: „Paß auf, du hast nur ein Leben." Am 12. Mai schlug er an der Schmiede einen türkischen Kollegen nieder, der ihn gefragt hatte, warum er auf einen dort stehenden Zeitungsverkäufer eingeschlagen habe.

Wegen 3,70 DM — totgeschlagen

In Flensburg läuft zur Zeit ein Verfahren gegen zwei Polizisten wegen „fahrlässiger Tötung". Was war geschehen? Der Flensburger Arbeiter Kurt Broselge (41 Jahre) hatte Streit mit einem Gastwirt. Es ging um eine Restzeche von 3,70 Mark. Der Wirt holte zwei Polizisten, die den Arbeiter in ihren Wagen prügelten. Mit Gummiknüppeln und Faustschlägen. Eine halbe Stunde später starb Kurt Broselge. Die Obduktion ergab „Tod durch Blutungen im Gehirn". Die Polizisten verschwiegen ihre Schläge gegen den Kopf, das Kinn und in die Bauchhöhle. Sie gaben an, den Arbeiter in den Wagen geschoben zu haben. Er soll „durch Einknicken der Knie nach hinten" gefallen sein. So sollte der Eindruck entstehen, daß sich der Festgenommene die Kopfverletzungen durch einen Sturz zugezogen hätte. Die Obduktion brachte allerdings das wahre Geschehen ans Licht. Frau Broselge sagt dazu: „Ich habe kein Vertrauen mehr in die Polizei." Der Prozeß dauert noch an.

Nazibilder in der Wundertüte

Beim Kinderfest eines Essener Heimes gab es für einen Volltreffer beim Büchsenwerfen eine Wundertüte zu gewinnen. Als die Kinder ihre Gewinne öffneten, waren neben Plastikfiguren und Luftballons auch Nazibilder enthalten: Adolf Hitler schreitet die Front der Waffen-SS ab, deutsche Faschisten, die sowjetische Soldaten gefangennehmen usw. Die Staatsanwaltschaft, die gegen den Wundertüten-Hersteller einschritt, fand bei einer Hausdurchsuchung der „Sammel-Bilder-Vertriebs-GmbH" in Meißenheim über 20.000 Bilder und 15.000 Alben, in die die Kinder die Nazibilder einkleben sollten. Diese Propagierung des Faschismus bei Kindern ist bisher der unverschämteste Versuch, die Hitler-Diktatur zu rehabilitieren!

Richter sammelt für Neo-Nazis

Karl Günther Stempel, Richter am Obersten Landesgericht in Bayern, ist zugleich Präsident der faschistischen Organisation „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes". Im Oktober 1976 hat dieser Richter bei einer Erntedankfeier für einen gewissen Uwe Rhower 1.600 DM gesammelt. Dieser Uwe Rhower ist „Gauführer" der Wiking-Jugend in Schleswig-Holstein. Der Neo-Nazi sitzt zur Zeit in Untersuchungshaft, weil er an bewaffneten Überfällen beteiligt war (siehe RM Nr. 16/78). Diese finanzielle Unterstützung zeigt sehr deutlich die Verbindung zwischen den Reaktionären im Staatsapparat und den neonazistischen Terrortruppen.

Nazi-Vergangenheit „unerheblich"

Der Münchener Rechtsanwalt Schmitt-Lermann nannte es einen Skandal, daß bei der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in zwei Berufsverbotsfällen der Bundesrichter de Chapaurouge, der während der Nazi-Zeit „Rassenschande-Urteile" aussprach, mitgewirkt hat. Und ebenso der Bundesrichter Weber-Lortsch, der SS-und Polizeiführer im besetzten Norwegen und beim Reichskommissar Ukraine war. Der Rechtsanwalt kam deswegen vor ein Ehrengericht. Das Ehrengericht behauptete nun, die Vergangenheit der Bundesrichter sei „völlig unerheblich". Der öffentliche Hinweis auf die Vergangenheit der Richter sei „jedoch geeignet, die Institution des Bundesverwaltungsgerichtes in der in- und ausländischen Öffentlichkeit in den Schmutz zu ziehen." Der Rechtsanwalt erhielt einen „Verweis". So weit ist es also, daß bereits die Erwähnung der Nazi-Vergangenheit von Richtern verfolgt wird!

Explosionsunglück im Hartsteinwerk Niedersachsen

Volkskorrespondenz aus Hannover

Am frühen Freitag nachmittag letzter Woche um 14.30 Uhr passierte es: Einer von sechs riesigen Kesseln des „Hartsteinwerks Niedersachsen", in denen Steine gebrannt wurden, explodierte mit einem Knall, den man im ganzen Ort Garbsen bei Hannover hören konnte.

Als hätte eine Bombe eingeschlagen, so sieht das Werksgelände aus: Die Werkshalle — total zerstört; das Dach, von schweren Stahlträgern gehalten — eingestürzt. Im hundert Meter entfernten Fabrikgebäude nebenan sind die Fenster eingeschlagen; herabstürzende Steine zerschlugen die Decke eines benachbarten Lagerhauses. Steine prasselten auch auf die viel befahrene Straße nieder und zerfetzten Straßenlaternen. Fast 20 Autos wurden mehr oder weniger zerstört, durch die Luft gewirbelt oder durch niederprasselnde Steine unbrauchbar gemacht. Der Kessel selbst durchschlug das Dach der Werkshalle und ein ca. vier Meter langes Teilstück schoß seitlich aus dem Kesselhaus heraus, rasierte die rückwärtige Mauer des Bürogebäudes vollständig ab, bis es nach 30 m liegen blieb.

Am nächsten Tag schrieb die Presse: „Das Wunder von Garbsen". Glücklicherweise kam kein Arbeiter, Büroangestellter oder Autofahrer zu Tode. Es gab „nur" zwei Verletzte. Dabei arbeiteten zur Zeit der Explosion 23 Kollegen im Werk, und auch die Büroangestellten hatten Glück: sie hielten sich im anderen Teil des Bürogebäudes auf. Wie leicht hätte es bei diesem Unfall 10 oder 20 Tote geben können! Aber jetzt wird ja alles „untersucht". Normalerweise müssen die Kessel bis zu 16 atü aushalten können. Dieser Kessel explodierte aber bereits bei 14,5 atü. Veraltertes Gerät? Mag sein. Die Herren vom TÜV sind noch ratlos. Fest steht aber eins: Die Anlage war erst vor kurzem — vor zwei Wochen — vom TÜV überprüft worden und für einsatzbereit befunden worden. Was nun? Übrigens: der TÜV ist auch zuständig für die „Überprüfung" kerntechnischer Anlagen wie zum Beispiel Atomkraftwerke in der Bundesrepublik...



Das Bürohaus mit eingestürzten Mauern.



Als ob eine Bombe eingeschlagen hätte, so sah die Werkshalle nach der Kesselexplosion aus.

Kundgebung

Hannover, am 25.7. um 17.30 Uhr:
Kundgebung am Birkenhof, Blekstraße

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr"

Generalprobe für die Albanien-Tournee

Am Abend des 8. Juli war in der „Jarrestadt" in Hamburg kein Platz mehr frei. Der Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr" Hamburg hatte eingeladen, um Ausschnitte aus dem Programm vorzutragen, mit dem er am letzten Wochenende auf Tournee durch die Sozialistische Volksrepublik Albanien ging.* Es war also gewissermaßen Generalprobe. Die Zuschauer, die sie miterlebten, waren anschließend einhellig der Meinung: „Wenn sie in Albanien auch so spielen, dann haben sie bestimmt großen Erfolg."

Der Abend begann mit dem Vortrag revolutionärer Arbeiterlieder. Nach dem Eingangslied „Das rote Sprachrohr" folgten ein deutsches und ein albanisches Kampflied. „Schon hier", schreibt uns eine Zuschauerin, „zeigte sich, daß der Agitprop-Trupp in den letzten Wochen hart gearbeitet hatte und daß sich diese Arbeit gelohnt hat." Nach diesem Liederauftakt schilderte ein Mitglied des Agitprop-Trupps „Rotes Sprachrohr" in einem Redebeitrag die Reaktion auf den Sieg beim Arbeiter-Theater-Festival in Dortmund. Die Agitprop-Trupp-Mitglieder hatten sich keineswegs auf ihren Lorbeeren ausgeruht, sondern Sieg und 1. Preis — die Tournee durch die SVR Albanien — als große Verpflichtung aufgefaßt und entsprechend hart gearbeitet. Schließlich waren sie die erste deutsche Arbeiter-Theater-Gruppe, die im sozialistischen Albanien auftreten würde...

Danach begann das eigentliche Programm. Zunächst wurden Lieder und Szenen aus dem Kampf der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage geboten. Das „Rationalisierungslied", die Pantomime „Anscheeten", die bereits auf dem Arbeiter-Theater-Festival gezeigt worden war, eine Szene aus dem Stück des „Roten Sprachrohr" über den Hamburger Hafenarbeiterstreik. Anschließend sahen die Freunde, Kollegen und Genossen in der „Jarresstadt" erstmals die Aufführung eines Films über das Arbeiter-Theater-Festival in Dortmund. Es folgten Darbietungen aus dem kulturellen Erbe des deutschen Volkes. In der Pause ergriffen dann die Zuschauer das Wort: Eifrig wurde überall über die Aufführung des „Roten Sprachrohr" diskutiert und darüber, wie viel man doch auf solche, auf künstlerische Weise sagen kann, ohne daß dabei Spaß und Unterhaltung verloren gehen.

Nach der Pause ging es weiter mit der Pantomime „Der Bulle mit dem biederen Gesicht", entstanden im Kampf gegen die „Kontaktbereichsbeamten" (KOBs), erstmals aufgeführt vom Agitprop-Trupp „Roter Pfeffer" Westberlin auf dem Theater-Festival in Dortmund. Auch der letzte Teil des Programms war dem antifaschistischen Kampf gewidmet. Nach einleitenden Liedern folgte das Stück „Und Meier hält sich doch nicht raus". Eine Zuschauer schreibt uns dazu: „Haben oft noch gutgemeinte Stücke des Agitprop-trupps den ‚Wurm des Schematismus' in sich, so ist es hier den Hamburger Genossen gelungen, einen Menschen zu zeigen, der sich auf Grund seiner Erfahrung fest auf die Seite der kämpfenden Arbeiter stellt."



Der AP-Trupp „Rotes Sprachrohr Hamburg" während der Aufführung eines Theaterstückes.

Die Zuschauer waren von diesem Stück, dessen Szenen durch kurze Lieder verbunden waren, so begeistert, daß der Agitprop-Trupp es gleich noch einmal spielen mußte.

Beschlossen wurde der Abend dann mit dem Singen revolutionärer Lieder der Arbeiterbewegung. Und natürlich mit vielen guten Wünschen, die die Zuschauer „ihrem" Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr" mit auf seinen Weg durch die Sozialistische Volksrepublik Albanien gaben.

*Diese Albanien-Tournee war der 1. Preis auf dem Arbeiter-Theater-Festival in Dortmund, den das „Rote Sprachrohr" gewonnen hatte.

Aus der Wohnung eine Baustelle gemacht

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf-Flingern

In einem Viertel von Düsseldorf-Flingern finden seit einiger Zeit Umbauarbeiten in den Wohnhäusern statt. Und zwar werden in den Wohnungen seit langem überfällige Bäder installiert und neue Fenster eingesetzt. Dies ist zwar begrüßenswert, aber mit welchen Schwierigkeiten dies für die Anwohner verbunden ist, soll das folgende Interview darstellen, das wir mit einer Mietpartei der betroffenen Häuser gemacht haben.

Interviewer: Wie lange stehen diese Häuser jetzt schon?

Mieter: Ich bin selbst noch nicht so alt, aber mein Vater zog um 1930 in diese Häuser ein.

Interviewer: Hat die Stadt die Häuser in der Zeit, wo ihr hier wohnt, schon einmal renovieren lassen?

Mieter: Die einzige Renovierung, die ich mitbekommen habe, war, daß alle drei Jahre das Treppenhaus neu gestrichen wurde. Alle anderen Renovierungsarbeiten mußten die Mieter selber tragen.

Interviewer: Wie lange sind die Umbauarbeiten jetzt schon im Gange?

Mieter: Also, das Rundschreiben bekamen wir vor einigen Monaten, wo es dann hieß, daß wir jetzt Bäder eingebaut bekämen und die Fensterrahmen erneuert würden. Dann vor drei Monaten fing man an, die Gerüste aufzubauen, die bis jetzt noch stehen. Die ganze Straße war eine einzige Baustelle, überall standen Container rum, und in den Wohnungen konnte man es gar nicht aushalten vor Dreck.

Interviewer: Wie war die Stimmung so unter den anderen Mietern?

Mieter: Am Anfang waren wir noch alle guter Stimmung, denn schließlich waren wir ja alle froh, endlich Bäder zu bekommen. Aber als sich die Arbeiten immer mehr hinauszögerten, wurden die Leute immer saurer, und es gab immer mehr Krach mit der Bauleitung und mit den Herren von der Stadt. Vielen wurde die nervliche Anspannung auch einfach zu viel, nach der anstrengenden Arbeit in einer solchen Baustelle wohnen zu müssen.

Interviewer: Woran liegt deiner Meinung nach diese lange Arbeitsdauer für die Umbauten?

Mieter: Zuerst einmal muß man sehen, daß die Wohnungen total umgekrempelt wurden: Fenster raus, Wände wurden eingerissen und teilweise die Fußböden neu verlegt. Für diesen Arbeitsaufwand war die Planung viel zu schludrig. Die Leute von der Stadt meinten wohl, in so einem Arbeiterviertel braucht man nicht so genau zu planen, die können ja froh sein, wenn sie jetzt neue Wohnungen bekommen. Welchen Streß das für uns zusätzlich bedeutete, interessierte die anscheinend gar nicht. So fehlte teilweise Material, so daß die Arbeiten wieder ins Stocken gerieten, oder die einzelnen Arbeitskolonnen waren unterbesetzt, so daß die Arbeiten auch teilweise gar nicht schneller zu machen gingen. Dann kamen noch Arbeitsunfälle hinzu, so daß dann auch noch Leute ausfielen. Die Baustellenleitung selber war überlastet, einer der Leute mußte mit einem Nervenzusammenbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Interviewer: Wem gehören die Häuser jetzt, und wie sieht es mit der zukünftigen Mietbelastung aus?

Mieter: Die Stadt hat die Häuser einer Wohnungsbaugenossenschaft verkauft. Bisher hat der Quadratmeter 4 DM gekostet, also für eine durchschnittliche 50-qm-Wohnung mußte man 200 DM Miete bezahlen. In den ersten drei Jahren soll die Miete auch nicht erhöht werden, dann jedoch wird die Miete jedes Jahr um 50 DM erhöht, bis von heute ab gerechnet also eine Mehrbelastung von 150 DM nach sechs Jahren erreicht ist. Dann zahlt man für dieselbe Wohnung 350 DM Miete. Auf die sechs Jahre umgerechnet ist dies eine jährliche Mieterhöhung von 12,5 Prozent.

Interviewer: Wir danken dir für dieses Gespräch.

Feindseliger Akt der chinesischen Revisionisten gegen die SVR Albanien

In den Fußstapfen Chruschtschows

Fortsetzung von Seite 1

Die Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung des Genossen Enver Hoxha hat unerschütterlich und prinzipienfest gegen diese revisionistische Theorie gekämpft und sich große Verdienste beim Kampf um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus erworben. Es ist klar, daß die chinesischen Revisionisten diese mutige Stimme Albaniens fürchten und daß ihr feindseliger Akt gegen die SVR Albanien die Antwort darauf ist, daß die PAA und das albanische Volk diese antimarxistische Politik nicht angenommen, sondern konsequent entlarvt und bekämpft haben.

Natürlich geben das die chinesischen Revisionisten nicht offen zu. Wie die albanische Nachrichtenagentur ATA meldet, hat die chinesische Regierung den Bruch des Abkommens über den Zivil- und Militärkredit und den Abzug der chinesischen Spezialisten aus Albanien unter anderem mit dem angeblichen „Undank" begründet. Das allein — unabhängig von allen anderen Tatsachen — entlarvt bereits den Charakter der chinesischen Hilfe und die Haltung der chinesischen Revisionistenclique gegenüber dem sozialistischen Albanien.

Wie sagte doch Hua-Guo-feng in seinem Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet am 26. 2. 78 auf dem V. Nationalen Volkskongreß: „Kein Staat hat das Recht, irgendein Gebiet seiner Hegemonie zu unterwerfen oder anderen seinen Willen aufzuzwingen. Ob ein Staat andere als gleichberechtigt behandelt oder nach der Vorherrschaft strebt, ist ein wichtiges Kriterium dafür, ob er die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz einhält und ob er in Wirklichkeit oder nur dem Namen nach ein sozialistischer Staat ist. Ein sozialistischer Staat sollte ein Vorbild für die gleichberechtigte Behandlung anderer Staaten sein." Das sind die Worte der chinesischen Revisionisten. Und was sind ihre Taten? Oder ist es etwa ein „Vorbild für die gleichberechtigte Behandlung anderer Staaten", wenn das Kriterium für die Hilfe, die sie einem anderen Staat gewähren, nicht die beidseitig getroffenen Abmachungen sind, sondern der angebliche „Dank" oder „Undank" des anderen Staates? Wohl kaum. Das ist die arrogante Handlungsweise einer Großmacht, die einem anderen Staat mittels wirtschaftlichem Druck ihren Willen aufzwingen will!

Dieser feindselige Akt gegenüber der SVR Albanien, dem einzigen sozialistischen Staat in Europa, ist um so empörender, wenn man sich die Haltung der chinesischen Regierung gegenüber anderen Staaten ansieht. Denn während die chinesische Revisionistenclique der albanischen Regierung, die die chinesische Hilfe für den Aufbau des Sozialismus, für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats einsetzte, „Undank" vorwirft und ihr diese Hilfen willkürlich sperrt, können andere Staaten auch weiterhin der chinesischen Unterstützung sicher sein. So Chile, dem die chinesische Regierung einen 125-Millionen-Kredit gewährte, nachdem dort das faschistische Pinochet-Regime an die Macht kam, so die tunesischen Faschisten, denen im letzten Jahr ein Darlehen und verschiedene andere Hilfen gewährt wurden, so der blutrünstige Diktator Mobutu, der ebenfalls massive Unterstützung erhielt und dem mit chinesischer Hilfe sogar ein „Volkspalast" in der Hauptstadt von Zaire erbaut wurde usw. Offenbar sehen die chinesischen Revisionisten ihre Hilfen hier also „dankbar" verwendet. Warum? Weil diese Regimes Lakaien des US-Imperialismus sind? Weil sie den revolutionären Befreiungskampf der Werktätigen ihrer jeweiligen Länder blutig unterdrücken?

In ihrer Feindschaft gegenüber dem sozialistischen Albanien und ihrer Unterstützung für die blutbefleckten, faschistischen Regimes in Asien, Afrika und Lateinamerika unterscheiden sich die chinesischen Revisionisten nicht von den imperialistischen Mächten der Welt. Und tatsächlich haben sie ja auch — unter dem Vorwand des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus — längst den Weg der offenen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen, den japanischen und selbst den USA-Imperialisten eingeschlagen. Amerikanische Reaktionäre, westdeutsche Wehrmachtsgeneräle, alte Nazis, wie der frühere Marinerichter Filbinger, Revanchisten wie Strauß geben sich in Peking die Klinke in die Hand und werden als „weitsichtige Persönlichkeiten" und vorbildliche Vertreter der sogenannten „antihegemonistischen Einheitsfront" gepriesen. Unermüdlich propagieren die chinesischen Revisionisten die weitere Stärkung der EWG. Unablässig fordern sie die Völker zur Unterstützung des aggressiven NATO-Paktes auf. Ja, sie beschränken sich keineswegs „nur" auf die Rechtfertigung der kriegstreiberischen Machenschaften der westlichen Imperialisten, sondern kritisieren sogar die westeuropäischen, die japanischen und selbst die US-Imperialisten, weil sie nach Ansicht der chinesischen Revisionisten immer noch nicht aggressiv genug sind!

So konnte man etwa im April dieses Jahres in einem Artikel der „Peking Rundschau" über die Lage in Afrika lesen: „Wir müssen unsere Kräfte verstärken, selbst Vorbereitungen treffen, uns der Beschwichtigungspolitik (des Sozialimperialismus — RM) widersetzen und einen kompromißlosen Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus führen. Moskaus Komplott während des Zaire-Vorfalls im letzten Jahr wurde durch den beharrlichen Kampf der internationalen Einheitsfront zunichtegemacht. Dasselbe muß am Horn von Afrika geschehen!" Was die chinesischen Revisionisten hier als den „beharrlichen Kampf der antihegemonistischen Einheitsfront" preisen, war nichts anderes als die bewaffnete Intervention westlicher Imperialisten zur Unterstützung des faschistischen Mobutu-Regimes. Was sie fordern, ist nichts anderes als den verstärkten Einsatz kriegerischer Mittel zur Sicherung und Ausweitung der Macht der amerikanischen und der anderen westlichen Imperialisten! Eine Forderung, die sich einerseits gegen die russischen Sozialimperialisten richtet, die in Rivalität mit den amerikanischen Imperialisten um die Vorherrschaft auf der Welt kämpfen. Eine Forderung, die sich aber vor allem gegen das internationale Proletariat und die Völker der Welt richtet. Denn die Völker sind es, die für eine solche Politik mit ihrem Blut bezahlen müssen. Ihr Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit, für Revolution und Sozialismus ist es, gegen den sich eine solche chauvinistische und kriegslüsterne Politik vor allem richtet.

Scheinheilig versuchen die chinesischen Revisionisten der wachsenden Empörung gegen diese chauvinistische Politik die Spitze abzubrechen, indem sie sich der Welt in der Pose des „bescheidenen Entwicklungslandes" darbieten und unermüdlich beteuern, China werde niemals danach streben, eine Großmacht zu werden. Tatsächlich aber ist die Politik der chinesischen Revisionisten gerade von diesem Streben, eine Großmacht zu werden, vollständig durchdrungen. Unaufhörlich wird dem chinesischen Volk eingepeitscht, daß es alles tun müsse, um China bis zum Jahr 2.000 „groß, modern und stark" zu machen. Sogar in die chinesische Verfassung wurde dieses Ziel der chinesischen Revisionisten aufgenommen.

Zwar ist dort auch die Rede davon, daß China nicht nur „groß, modern und stark", sondern auch sozialistisch sein solle. Aber wie ernst soll man das nehmen, wenn gleichzeitig etwa Deng Hsiao-ping in einem Gespräch mit dem CDU-Politiker Zimmermann erklärt: „Wir hoffen auf ein starkes Europa, so wie die weitsichtigen Politiker Europas hoffen, daß China stark werde." Seit wann haben die „weitsichtigen Politiker Europas" — auf deutsch: Wehrmachtgeneräle, alte Nazis und Revanchisten — ein Interesse am Erstarken des Sozialismus? Oder nehmen wir die amerikanischen Imperialisten, bekanntlich ebenfalls Todfeinde des Sozialismus. Einer ihrer Vertreter, der militärische Berater des US-Präsidenten Carter, erklärte bei seinem jüngsten Besuch in China unwidersprochen: „...ein sicheres und starkes China steht im Interesse der USA, ein mächtiges und sich weltweit einsetzendes Land, die USA steht im Interesse Chinas." Wenn die chinesischen Revisionisten solche und ähnliche Erklärungen zuhauf abgeben bzw. mit unverhohlener Genugtuung entgegennehmen, dann zeigt das deutlich, was sie im Jahr 2.000 sein wollen. Nicht ein starkes sozialistisches Land, das vom internationalen Proletariat und den Völkern der Welt geliebt und geachtet wird, sondern eine Großmacht, die als solche auch von den anderen Großmächten anerkannt wird.

In ihrem Bestreben, das weltweite Lager des Kapitalismus zu stärken und das weltweite Lager der Revolution und des Sozialismus zu schwächen, ist die Speerspitze der konterrevolutionären Tätigkeit der chinesischen Revisionisten gegen die kommunistische Weltbewegung gerichtet. Dabei versuchen sie nicht nur, unter den Marxisten-Leninisten Verwirrung zu stiften, indem sie ihre konterrevolutionäre „Drei-Welten-Theorie" zur „Generallinie der marxistisch-leninistischen Weltbewegung" erklären. Wie vor ihnen Tito und Chruschtschow schrecken sie auch nicht davor zurück, den marxistisch-leninistischen Parteien diese revisionistische Linie mit allen Mitteln aufzuzwingen, versuchten sie sogar, Parteien, die sich der Annahme dieser Linie widersetzten, durch Fraktionsbildungen zu spalten und gehen immer offener dazu über, sie offen anzugreifen und zu verleumden. Gleichzeitig verstärken sie die Zusammenarbeit mit allen möglichen Kräften, Organisationen und Parteien, wie reaktionär und antikommunistisch sie auch immer sein mögen. Auf diese Weise versuchen sie, die kommunistische Weltbewegung zu spalten, den Marxismus-Leninismus zu diskreditieren und das internationale Proletariat und die Völker der Welt ihrer Führung im Kampf für ihre Befreiung und den Sieg des Sozialismus zu berauben.

Mit dem feindseligen Akt gegen die SVR Albanien hat diese konterrevolutionäre Tätigkeit ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Bekanntlich beschränkten sich auch Tito und Chruschtschow nicht darauf, den Kampf für die Revolution und den Sozialismus zu sabotieren, sondern versuchten mit allen Mitteln, die Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern zu stürzen, um die Macht des Imperialismus weltweit wiederherzustellen. Indem sie so in der Sowjetunion und verschiedenen anderen Ländern die Diktatur des Proletariats stürzten, was die Imperialisten selbst jahre- und jahrzehntelang vergeblich versucht hatten, bewiesen sie am klarsten, in wessen Dienst sie standen: im Dienst des Imperialismus und der weltweiten Konterrevolution. Indem die chinesischen Revisionisten, ihrem Vorbild folgend, zu offenen Maßnahmen zur Schädigung der Wirtschaft und des Verteidigungspotentials des sozialistischen Albanien greifen, demonstrieren sie vor aller Welt, daß sie Nachfolger Titos und Chruschtschows sind und ebensolche Feinde des Sozialismus wie sie.

Aber wie Tito und Chruschtschow vor ihnen, werden auch die chinesischen Revisionisten ihr Ziel nicht erreichen. So wie es ihnen nicht gelungen ist, mit Druck und Erpressung unsere Partei und zahlreiche andere Parteien in die Knie zu zwingen, wird es ihnen erst recht nicht gelingen, auf diese Weise Albanien dazu zu veranlassen, daß es diese antimarxistische Politik annimmt und sich ihr unterordnet.

Albanien wird unter der Führung seiner Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha seinen Weg beim vollständigen Aufbau des Sozialismus und bei der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats weitergehen. Und mit ihm gemeinsam werden alle wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien, das internationale Proletariat und die Völker ihren Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und den Revisionismus aller Schattierungen fortsetzen — bis zum endgültigen Triumph des Kommunismus in der ganzen Welt. Dabei gilt auch heute und in Zukunft, was Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, in seiner Grußbotschaft an den historischen 7. Parteitag der PAA sagte: daß wir deutschen Marxisten-Leninisten jeden Angriff auf Albanien als einen Angriff auf uns betrachten, daß wir ihn Auge um Auge, Zahn um Zahn beantworten werden!

Feindseliger Akt der chinesischen Revisionisten gegen die SVR Albanien

Bericht der albanischen Telegraphenagentur, gesendet von Radio Tirana am 12. und 13. Juli 1978

„Die albanische Telegraphenagentur ist befugt, bekanntzugeben, daß die Regierung der Volksrepublik China am 7. Juli 1978 durch eine Note an die Botschaft der Sozialistischen Volksrepublik Albanien in Peking ihren Beschluß bekanntgab, sofort alle Hilfen und Zahlungen im Rahmen des Zivil- und Militärkredits an Albanien einzustellen, eine Anzahl von sehr wichtigen Werken unvollendet zu lassen und die chinesischen Spezialisten, die in Albanien arbeiten, zurückzuziehen.

Durch diesen einseitigen und willkürlichen Akt unternahm die chinesische Regierung einen bewußten und vorbedachten Schritt zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, zur Schädigung der Wirtschaft des sozialistischen Albanien und seines Verteidigungspotentials. Dieser feindselige Akt empört das ganze albanische Volk und erzürnt es zutiefst. Er wird auch vom chinesischen Brudervolk verurteilt werden.

Die Menschen in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien hegten reine Gefühle der Liebe und Achtung für das chinesische Volk. Sie nahmen die Volksrepublik China in den schwierigsten Augenblicken, die sie durchgemacht hat, mutig in Schutz und kämpfte aufrichtig für eine wahre und internationalistische Freundschaft zwischen beiden Ländern. Die chinesische Regierung und ihre Führer dagegen, die die offiziellen, zwischen beiden Teilen abgeschlossenen Abkommen mit der Arroganz eines großen Staates verletzen, jedes Prinzip des Marxismus-Leninismus mit Füßen tretend, gehen bewußt vor, um diese Freundschaft zu zerstören und zu vernichten.

Daß jede Hilfe eingestellt wurde und die Spezialisten aus Albanien zurückgezogen wurden, enthüllt auch die Heuchelei der chinesischen Führer bei ihren bisherigen Haltungen gegenüber dem sozialistischen Albanien. Es enthüllt auch den Charakter der Gewährung dieser Hilfe. Um ihre albanienfeindlichen Akte zu rechtfertigen und um die wahren Ursachen zu vertuschen, die sie dazu trieben, eine solche feindselige Handlung zu unternehmen, die bestimmt von der ganzen Weltmeinung verurteilt wird, gibt die chinesische Regierung in ihrer Note erdichtete Argumente an und wirft den Albanern „Undank" vor.

Die albanische Telegraphenagentur erfuhr, daß die Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien auf die chinesische Note zur rechten Zeit antworten wird und der Weltöffentlichkeit dokumentierte Tatsachen mitteilen wird, damit die Völker urteilen und sich davon überzeugen können, daß das Recht auf der Seite Albaniens steht. Die Einstellung der zivilen und militärischen wirtschaftlichen Hilfe durch China an Albanien ist darauf zurückzuführen, daß China den Kurs einer Großmacht eingeschlagen hat, von der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus abgewichen ist, die Zusammenarbeit mit den imperialistischen und reaktionären Kräften der Welt aufgenommen und sich diesen angenähert und die Hilfe und Unterstützung der revolutionären und Befreiungskräfte auf der internationalen Arena aufgegeben hat. Die Führung Chinas macht ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Land davon abhängig, daß Albanien diese antimarxistische Politik annimmt und sich ihr unterordnet.

Die Partei der Arbeit Albaniens und die albanische Regierung haben sich darum bemüht, die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen unseren Parteien existieren, auf marxistisch-leninistischem Weg zu lösen. Die Kommunistische Partei Chinas und ihre Führer haben aber einen solchen Weg abgelehnt. Solche Handlungen, wie die Einstellung der Hilfe und die Zurückziehung der Spezialisten usw., die das albanische Volk bereits von den Chruschtschow-Revisionisten kennengelernt hat, werden in Albanien nicht verfangen. Die Erpressungen und Drohungen, welcher Natur auch immer, um unsere Partei in die Knie zu zwingen, hatten niemals Erfolg und werden auch niemals Erfolg haben. Sie sind zu Niederlagen für ihre Urheber geworden. Die Erpressungen und Blockaden können die Stimme des sozialistischen Albanien nicht ersticken. Sie können das albanische Volk nicht zwingen, auf seine korrekten marxistisch-leninistischen Haltungen zu verzichten. Sie werden es nie vom Kampf gegen den Imperialismus und die Revisionisten aller Schattierungen abhalten.

Unter der erfahrenen Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze wird das albanische Volk, das chauvinistische und imperialistische Methoden bereits kennt, wie sie die vielen Feinde gegen es angewandt haben, alle Hindernisse erfolgreich bewältigen und überwinden. Es wird neue Siege erringen beim vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft aus eigenen Kräften. Unter Führung seiner Partei der Arbeit Albaniens wird das albanische Volk auch weiterhin auf diesem Weg kämpfen, und es ist sich dessen bewußt, daß es stets die Unterstützung aller freiheitsliebenden Völker und der Revolutionäre auf der Welt haben wird.

USA: Hunderttausend Frauen demonstrieren

Die größte Frauendemonstration in der Geschichte des Landes erlebte Washington am vorletzten Wochenende. In einem mehrere Kilometer langen Zug marschierten 100.000 Frauen vor das Capitol, den Sitz der US-Regierung. Auf Spruchbändern und mit Sprechchören forderten sie die Verwirklichung der Gleichberechtigung.



Argentinien: Kampfaktionen der Hafenarbeiter

Trotz Streikverbots und faschistischem Terror haben die Hafenarbeiter in Argentinien in der vergangenen Woche eine Reihe von kleineren Streikaktionen unternommen. Sie wollen damit ihre Forderungen nach höheren Löhnen durchsetzen.

Nicaragua: Fünf Jugendliche erschossen

Mit faschistischem Terror gingen die Polizeitruppen in der Stadt Jinotepec gegen Jugendliche vor, die gegen das Regime demonstrierten. Fünf Demonstranten wurden erschossen, viele weitere verletzt. Aus Protest gegen diesen Terrorakt besetzten überall im Land Schüler ihre Schulgebäude. Mit schweren Waffen und unter Einsatz von Hubschraubern traten die Polizeitruppen zum Sturm auf die besetzten Schulen an. Bei den Kämpfen, die sich entwickelten, wurde wieder eine Anzahl von Jugendlichen ermordet.

Italien: Eine Million im Streik

Eine Million Arbeiter standen Ende der letzten Woche im Streikkampf. Rund 700.000 Beschäftigte des Gaststättengewerbes waren — zum zweiten Mal in diesem Monat — in den Streik getreten. Auch 250.000 Stahlarbeiter legten ihre Arbeit nieder. Damit protestierten sie gegen angekündigte neue Massenentlassungen und unterstrichen ihre Bereitschaft, für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Brasilien: Demonstrationen der schwarzen Werktätigen

Über tausend Schwarze demonstrierten in Sao Paolo gegen die Rassendiskriminierung durch das faschistische Regime. Der unmittelbare Anlaß für die Aktion war der Mord an einem schwarzen Arbeiter. Der Kollege war in einem Gefängnis des Regimes zu Tode gefoltert worden.

Ein anderes Verbrechen aus Brasilien wurde in der letzten Woche bekannt. Um sich ihr Land anzueignen, hat ein Großgrundbesitzer aus der Provinz Alto Araguaia 42 Bauern, darunter Frauen und Kinder, von gedungenen Killern ermorden lassen. Wie berichtet wird, handelt es sich dabei nur um einen Höhepunkt des systematischen Terrors, den die Grundbesitzer in dieser Region gegen die werktätigen Bauern entfalten. Das faschistische Regime jedoch zieht nicht etwa die Massenmörder zur Rechenschaft. Mit der unverschämten Begründung, man könne wegen der Angelegenheit des Gebiets nicht eingreifen, sehen die Generäle den Massakern zu.

Nordirland: 16-Jähriger Bauernjunge erschossen

Ein neues Verbrechen der britischen Besatzer: auf dem Friedhof des Dorfes Dunloy hatte eine Armeestreife einen Hinterhalt gelegt, um irische Patrioten zu überfallen. Als drei Jugendliche aus dem Dorf an dem Hinterhalt vorbeikamen, eröffneten die Besatzer das Feuer auf sie. Ein 16-jähriger Junge brach im Kugelhagel tödlich getroffen zusammen.

Frankreich: Streiks bei Moulinex

Ein Teil der Arbeiter in den Werken des Moulinex-Konzerns setzt die Kampfaktionen für Lohnerhöhungen fort. Wie auch in anderen Betrieben (zum Beispiel Renault) war es in mehreren Moulinex-Werken im Laufe der letzten Wochen zu Betriebsbesetzungen gekommen. Unser Bild zeigt einen Einsatz der berüchtigten Bürgerkriegstruppe CRS gegen Streikende, die den Betrieb besetzt hatten.



Jugoslawien: Schwere Unruhen in Zagreb

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist es in der kroatischen Stadt Zagreb am 11. Juni zu schweren Kämpfen zwischen Studenten und der Polizei gekommen. Der Anlaß war eine Massenverhaftung, der 40 Studenten zum Opfer fielen. Als dieser Terrorakt bekannt wurden, entwickelten sich in dem Studentenheim Nina Marakovic Kämpfe zwischen empörten Studenten und Polizeieinheiten des Tito-Regimes. Dabei soll es auch Tote und Verletzte gegeben haben.

Simbabwe: Neues Massaker

21 Schwarze, nahezu die gesamte Einwohnerschaft eines Dorfes, sind vergangene Woche bei einem grausamen Massaker ermordet worden. Wie schon bei ähnlichen Anschlägen in der letzten Zeit, so will auch jetzt wieder das Rassisten-Regime den bewaffneten Patrioten die Schuld für dieses Blutbad in die Schuhe schieben. Sprecher der Patrioten haben erklärt, daß für die Serie der grausamen Massaker in der letzten Zeit Sondereinheiten des Rassisten-Regimes verantwortlich sind. In solchen — wie etwa den berüchtigten „Selous Scouts" — dienen neben gekauften schwarzen Elementen, die ihre Verbrechen in der Uniform der Patrioten begehen, auch Söldner aus der Deutschen Bundesrepublik.

Selbst der amerikanischen UNO-Botschafter Young sah sich gezwungen, die Lügen der Rassisten über die Urheber der Massaker öffentlich zu bezweifeln.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha
Portugal

Vanguardia Obrera
Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ
Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 433691 u. 433692, Postfach 300526

Weltwirtschaftsgipfel in Bonn

Konkurrenzkampf auf Kosten der Werktätigen

Was haben die Werktätigen vom Bonner Weltwirtschaftsgipfel zu erwarten? Blicken wir einmal zurück nach London, wo vor über einem Jahr das letzte Treffen dieser Art über die Bühne ging. Damals hatten die Carter, Schmidt und Co. den Mund noch recht vollgenommen: Wachstum, Vollbeschäftigung, Abbau der Arbeitslosigkeit und andere schöne Dinge hatten sie versprochen. Die Bilanz? Sinkende Wachstumsraten, Ansteigen der Inflation und ein weiteres Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit.

Am Vorabend des Bonner Gipfels waren die Regierungschefs der beteiligten Länder (USA, DBR, Japan, Britannien, Frankreich, Kanada, Italien) wesentlich vorsichtiger mit ihren Versprechungen. Von der Arbeitslosigkeit mochte zum Beispiel keiner reden. Kein Wunder, hat doch gerade erst die EG-Kommission angekündigt, daß in ihrem Bereich allein in der Stahlindustrie bis 1980 weitere 100.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

Das Treffen in Bonn ist ein Krisengipfel, auf dem die Vertreter der führenden imperialistischen Mächte um Märkte und Einflußgebiete pokern. Bei dem sie versuchen, auch in der Krise die Profite der Monopole zu sichern und zu steigern, indem sie die Lasten dieser Krise auf die Werktätigen abwälzen. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Beratungen des Gipfels (über die Ergebnisse war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt):

Energiepolitik, Dollarkurs: Die amerikanische Ölpolitik, so ließ Schmidt vor kurzem verlauten, sei „inzwischen gegenüber dem Rest der Welt unverantwortlich". Der Kanzler erwartet von Carter in Bonn das Versprechen, die amerikanischen Ölimporte drastisch einzuschränken. Warum diese Aufregung? Durch die gewaltigen Ölimporte sinkt die US-Handelsbilanz immer mehr ins Defizit (1977: 31,2 Mrd Dollar). Unmengen von Dollar überschwemmen die Welt, der Dollarkurs sinkt, während andere Währungen, vor allem die DM, ihm gegenüber aufgewertet werden. Die Folge: Die westdeutschen Exporte verteuern sich, was die Konzerne der Bundesrepublik, die einen großen Teil ihrer Produkte ins Ausland verkaufen, empfindlich trifft.

Wachstum. Die amerikanischen Imperialisten verlangen von ihren Konkurrenten — vor allem von den westdeutschen und japanischen — Anstrengungen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Im Klartext: Sie wollen, daß diese Länder ihre Exporte einschränken und ihre Einfuhren von amerikanischen Waren steigern.

Handelsbeschränkungen. Je weiter sich die kapitalistische Krise verschärft hat, desto stärker hat sich auch der Handelskrieg zwischen den imperialistischen Mächten zugespitzt. Sie versuchen immer mehr, ihre einheimischen Märkte gegen Einfuhren abzuschotten, indem sie hohe Zölle erheben, Mindestpreise festlegen, die Importmengen beschränken usw. Gleichzeitig aber fordern sie freie Bahn für ihre Exporte in die jeweils anderen Länder. So hat etwa Carter vor dem Bonner Gipfel ultimativ die Beseitigung der Schranken für die amerikanischen Agrarexporte nach Europa gefordert. Bonn hat im Gegenzug erklärt, der Agrarhandel dürfe keine Einbahnstraße sein.

Bei dem Poker um die Handelsbeschränkungen wie auch bei den anderen Fragen, die jetzt in Bonn zur Debatte standen, sind die Widersprüche der Imperialisten unüberbrückbar. Denn je mehr sich die Krise zuspitzt, desto schärfer und unerbittlicher wird die Konkurrenz zwischen ihnen. Wobei die stärksten, allen voran die amerikanische Supermacht, alle Mittel des Drucks und der Erpressung in Bewegung setzen, um die Schwächeren in die Ecke zu drängen. Einig sind sie sich nur in einem: daß nämlich dieser gnadenlose Konkurrenzkampf letztlich auf Kosten der Werktätigen gehen soll.

So kündete zum Beispiel der Bonner Wirtschaftsminister Lambsdorff letzte Woche an, daß nach dem Gipfeltreffen Maßnahmen geplant sind, um die westdeutschen Monopole konkurrenzfähiger zu machen. Dabei war von umfangreichenSteuererleichterungen und noch mehr Geschenken aus dem Staatshaushalt für die Forschungsarbeit der Konzerne die Rede. Das ist genau das, was auch der Kapitalistenverband BDI in den letzten Tagen gefordert hat. Nur hatten diese Herren auch noch eine andere Maßnahme im Auge, nämlich „maßvolle Tarifabschlüsse." Und der Gewerkschaftsapparat? Vor dem Bonner Gipfel hat er sich wieder einmal deutlich für eine verstärkte „Investitionsförderung" ausgesprochen, also dafür, daß den Monopolen noch mehr Steuergelder in den Rachen geworfen werden. Und auch für die Forderung nach „maßvollen Tarifabschlüssen" haben die Bonzen ja stets ein offenes Ohr gehabt.

Sie sorgen sich gemeinsam mit dem Bonner Staat um die Profite der Kapitalisten. Aber das ist nicht unser Bier. Sollen doch die Reichen die Krise bezahlen! Die Arbeiterklasse wird die zunehmenden Angriffe auf ihre Lebenslage nicht kampflos hinnehmen.

„Dissidentenprozesse" in der Sowjetunion

Carter & Co. und die Menschenrechte

„Menschenrechte" — dieses Wort wurde in den letzten Wochen wieder einmal groß geschrieben. Es machte Schlagzeilen in den Zeitungen der sogenannten „freien Welt". Es wurde von Regierungshäuptern in Washington, Melbourne, Brüssel, Paris, London, Tel Aviv beschworen. Der Bund Internationaler Gewerkschaften, Vertreter der Sozialistischen Internationale und auch die Führer der euro-revisionistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs machten sich dafür stark.

Worum ging es — wenige Tage vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn und kurz vor der Aufnahme erneuter Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstung in Genf (SALT)? Wollten die Häupter der „freien Welt" endlich ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um das Recht auf Arbeit, immerhin eines der elementarsten Menschenrechte, auch für die 17 Millionen Arbeitslosen in der westlichen kapitalistischen Welt zu verwirklichen? Wollten die US-Imperialisten ihrem jahrelangen verlogenen Gerede über Abrüstung endlich ehrliche Taten folgen lassen? Nichts dergleichen.

Wenn die Politiker und Journalisten der „freien Welt" von „Menschenrechten" sprechen, dann meinen sie nicht die hungernden und entrechteten Millionenmassen der Welt — und schon gar nicht der westlichen kapitalistischen Welt. Ihr Engagement für „Menschenrechte" beschränkt sich allein auf ein Häuflein sogenannter Dissidenten in der Sowjetunion, in Polen, in der DDR usw, auf notorische Antikommunisten wie Sacharow, Solschenizyn, Bahro oder Ginsburg und Schtscharanskij, die jetzt in der Sowjetunion vor Gericht standen. Diese Leute werden als Freiheitskämpfer gegen ein faschistisches Regime hochgespielt. Nun, jedem, der ehrlich gegen die faschistischen Diktaturen in der Sowjetunion und in den anderen RGW-Staaten kämpft, gehört unsere volle und uneingeschränkte Solidarität. Das steht außer Frage. Aber handelt es sich bei den sogenannten Dissidenten um Antifaschisten?

Nehmen wir einen der jetzt verurteilten Dissidenten, Schtscharanskij, eine, wie die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, „einst vorwiegend in Kreisen amerikanischer Korrespondenten bekannte Figur". Schtscharanskij kämpfte und kämpft vor allem um eins: für die Ausreise sowjetischer Bürger nach Israel. Zu diesem Zweck und der allgemeinen Propaganda für die israelischen Zionisten wegen organisierte er bereits seit Jahren jüdische Seminare, hielt er Vorträge in verschiedenen Städten und nahm an Demonstrationen teil. Unterstützt wurde er dabei von den bereits erwähnten amerikanischen Korrespondenten und von einem gewissen Luparski, einem früheren Dissidenten, von dem inzwischen auch amerikanische Regierungssprecher zugeben mußten, daß er für den CIA gearbeitet habe. Schtscharanskij ist es auch, für den der amerikanische Präsident Carter sich zweimal in der letzten Zeit persönlich verwandte.

Kann man angesichts dieser Tatsachen ernsthaft annehmen, daß Schtscharanskij verurteilt wurde, weil er ehrlich gegen den sowjetischen Faschismus kämpft? Wohl kaum. Vielmehr bestätigt der Fall Schtscharanskij erneut, daß die Dissidenten — ob sie nun wie Schtscharanskij dabei mit CIA-Agenten zusammenarbeiten oder nicht — nicht deshalb gegen das sowjetische Regime kämpfen, weil sie Antifaschisten sind, sondern weil sie sich als Missionare des „american way of life" in der Sowjetunion fühlen und für die Stärkung des westlichen Kapitalismus kämpfen.

Und das tut übrigens keiner von ihnen, ohne dabei zu betonen, daß sein Hauptgegner nicht Breschnew heißt, sondern — Stalin. Stalin, unter dessen Führung die Sowjetunion ein von allen Werktätigen der Welt geachteter sozialistischer Staat war, in dem Gerechtigkeit und Freiheit für Millionen herrschten und den nur eine Sorte Menschen haßten und heute noch hassen: notorische Feinde des Sozialismus, Imperialisten und Reaktionäre.

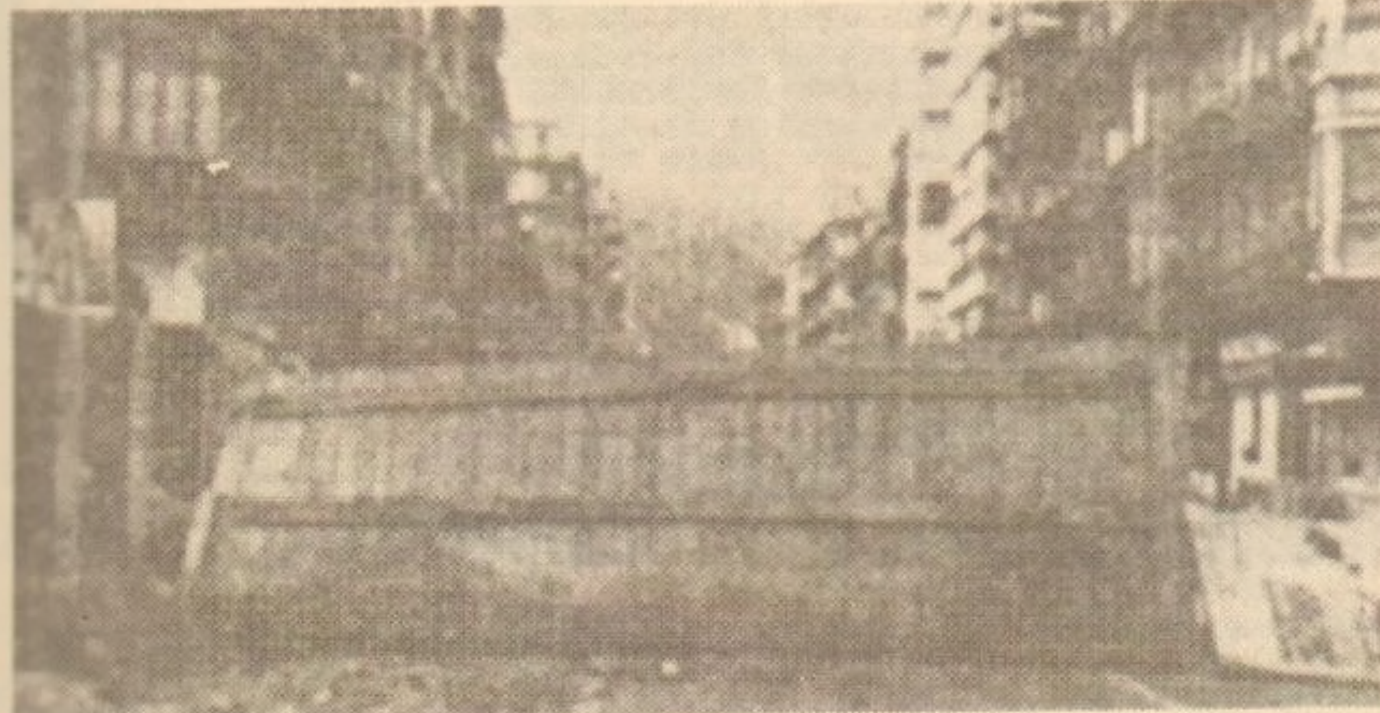
Kein Wunder also, daß diese Dissidentenbewegung bei den Häuptern der westlichen kapitalistischen Welt begeisterte Unterstützung findet bzw. — wie man am 12. 7. in der Sendung des ZDF über Carter hören konnte, von dem amerikanischen Präsidenten persönlich ins Leben gerufen wurde. Denn mit Hilfe dieser Bewegung und der damit verbundenen Menschenrechtskampagne hoffen insbesondere die amerikanischen Imperialisten, deren Vertreter während der Aggression gegen die Völker Indochinas auf der ganzen Welt mit dem Ruf „Mörder, Mörder" empfangen wurden, ihr Image aufpolieren zu können, hoffen sie, ihr Streben nach Weltherrschaft mit dem Mantel der Humanität und der Menschlichkeit umhüllen zu können. Wie verlogen aber dieses ganze Geschwätz von „Menschenrechten" in Wirklichkeit ist, das zeigte sich jüngst erneut. Denn wie reagierte die gesamte „Menschenrechtsbewegung" auf die Äußerung des amerikanischen UNO-Botschafters, auch in Amerika gäbe es politische Gefängnisse? Sie brach in einen Aufschrei der Empörung aus, nannte diese Äußerung einen Skandal und forderte den Rücktritt Youngs.

Baskenland/Spanien

Eine Provinz in Aufruhr

Die Fiesta San-Fermin in Pamplona ist eines der größten Volksfeste in Europa. In jedem Sommer kommen hier Hundertausende von Einheimischen, Besuchern aus anderen spanischen Regionen, Touristen aus dem Ausland zusammen, um mehrere Tage lang zu feiern, um vor allem den berühmten Stierlauf zu sehen, bei dem Kampfstiere aus der Arena in die Stadt getrieben werden und mutige junge Männer sich ihnen entgegenstellen. In diesem Jahr jedoch war Pamplona Schauplatz von faschistischen Polizeieinsätzen, die die Werktätigen der baskischen Provinzen an die schlimmsten Tage der Franco-Diktatur erinnerten; Schauplatz von Massenkämpfen, die sich wie ein Lauffeuer über das ganze Baskenland ausbreiteten.

Begonnen hatte es in der großen Stierkampfarena von Pamplona, am vorletzten Wochenende. Eine der „penas de mozos", der Vereinigungen, die das Fest veranstalten, entfaltet mitten in der Arena ein riesiges Transparent. „Freiheit für die politischen Gefangenen" ist darauf zu lesen. Beifall und Jubel schallt von den Rängen herunter. Das ist eine Forderung, für die die baskischen Werktätigen schon viele Kämpfe geführt haben. Es gibt jedoch auch Leute, denen diese Losung nicht paßt. Einige reaktionäre Provokateure beginnen,



Barrikaden in San Sebastian

gegen das Transparent zu pöbeln. Das ist der Augenblick, auf den die Polizei gewartet hat.

Starke Einheiten der policia armada, der bewaffneten Polizei, stürmen in die Arena. Sofort eröffnen sie das Feuer auf die Menge. Ein Hagel von Gummi-Geschossen, Gasgranaten, Rauchbomben geht auf die Besucher nieder. 17.000 sind es, die zu dieser Zeit das Rund füllen. Panik entsteht, alles will flüchten. Es gibt aber auch einen spontanen, mutigen Kampf gegen die Polizeihorden. Flaschen fliegen ihnen entgegen, eine immer größere Zahl von Festteilnehmern macht Front gegen sie. Der Widerstand wird so stark, daß sich die Polizei zurückziehen muß. Und auf dem Rückzug feuern sie wieder, aber dieses Mal mit scharfer Munition.

Reihenweise brechen die Menschen unter diesem Feuer zusammen. Der 26-jährige German Rodriguez bleibt mit einem Kopfschuß tot liegen. Und weiter geht der Terror der bewaffneten Banden des spanischen Regimes. Sie ziehen einen dichten Ring um die Arena, jagen eine Gas- und Rauchbombe nach der anderen hinein. Bis in die späten Nachtstunden sind die belagerten Festteilnehmer diesem Bombardement ausgesetzt. Zur gleichen Zeit jedoch erhebt sich Pamplona gegen die Unterdrückerkräfte. Auf den Straßen und Plätzen strömen die Menschen zusammen. Stundenlang liefern sie sich erbitterte Kämpfe mit der bewaffneten Polizei. Das Gebäude der Zivilregierung wird mit Steinen angegriffen, ein anderes Regierungsgebäude mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt. Aus den Schutzzäunen des Stierlaufs werden Barrikaden, die jetzt an allen Stellen der Stadt emporwachsen. Bankgebäude werden angesteckt, die verhaßten Fahnen des Madrider Regimes — wo immer sie auch hängen — heruntergeholt und verbrannt. Die Polizeitruppen versuchen, die Erhebung im blutigen Terror zu ersticken. Sie schießen mit ihren Rauchbomben sogar ein Haus in Brand.

Anderntags versuchen die Herren von Pamplona bis Madrid abzuwiegeln, die Massen zu besänftigen. Einmütig ist ihre scheinheilige Verurteilung des Polizeieinsatzes bei der Fiesta. Das alles sei nur ein Fehler der ausführenden Organe, ein Mißverständnis gewesen — sagen sie. Aber wenige Tage später veröffentlicht eine spanische Zeitung den Einsatzbefehl für die Mordbanden von der Stierkampfarena. Und der lautete so: „Schießen Sie mit all ihrer Energie und so stark Sie können. Selbst wenn Sie töten — schießen Sie." Innenminister Martin stellt seine angebliche Bestürzung über den Polizeieinsatz so unter Beweis: Er schickt drei weitere Kompanien der bewaffneten Polizei nach Pamplona.

Aber längst ist der Funke der Rebellion übergesprungen auf die anderen Städte und Dörfer des Baskenlandes. In San Sebastian gehen Tausende von Werktätigen mit Steinen in den Händen gegen das Gebäude des Militärgouverneurs vor. Sie greifen die Marine-Kommandantur an. Und wieder fallen Schüsse, abgefeuert von Militäreinheiten. Auf der Autobahn nach Bilbao werden Straßensperren errichtet. Schon am Montag ist in San Sebastian der Busverkehr lahm-



Pamplona: Nachdem ein Transparent „Freiheit für die politischen Gefangenen" in der Stierkampfarena entrollt wurde, ging die Polizei mit faschistischem Terror gegen die Menschen vor.

gelegt. In den Betrieben wird die Arbeit niedergelegt.

Am Montag verbietet es der Zivilgouverneur den „penas de mozos" von Pamplona, die Trauerkundgebung für den Ermordeten auf der Plaza del Castillo abzuhalten. Die Stadt ist von Tausenden Polizisten besetzt, die an allen Straßenecken schwerbewaffnet aufgezogen sind. Trotzdem ergießt sich ein mächtiger Trauerzug vom Friedhof in die besetzte Stadt. Rufe wie „Polizei — Mörder" hallen durch die Straßen. Molotow-Cocktails fliegen gegen die Polizeibrigaden.

Einen Tag später: in San Sebastian rücken Tausende von Demonstranten auf die Kaserne der policia armada vor. Das Gebäude wird umzingelt und mit einem Steinhagel eingedeckt. Erst Stunden später gelingt 400 Polizisten in militärischer Formation der Ausfall. Sie haben Waffen, und sie machen von ihnen Gebrauch. Der 19-jährige Jose Ignacio Barandiaran bleibt, von einer MP—Salve durchsiebt, tot auf der Straße liegen. Wieder ist ein junger Werktätiger von den Organen des Madrider Regimes ermordet worden. Die Antwort auf diesen erneuten Terrorakt ist ein noch heftigeres Aufflammen der Kämpfe.

Die vereinzelten Streikaktionen wachsen zusammen zu einem mächtigen Generalstreik, der die ganze Woche über die Wirtschaft des Baskenlandes lähmt. Schon in der Nacht zum Mittwoch sind mehrere Städte des Landes durch Barrikaden von der Außenwelt abgeschnitten. Eisenbahnstrecken werden in die Luft gejagt, die Grenzübergänge nach Frankreich unpassierbar gemacht. In den Städten toben Straßenschlachten. Die Massen greifen immer wieder die Verwaltungsgebäude des verhaßten Regimes und die Polizeikasernen an. Sie verteidigen sich mit Barrikaden und setzen in ihrem Schutz den Kampf gegen die Polizei fort.

In der Stadt Renteria blockiert eine solche Barrikade die Hauptverkehrsverbindung von Paris über San Sebastian nach Madrid. Immer wieder rennen die Polizeibrigaden gegen diese Barrikade an. Und immer wieder werden sie zurückgetrieben. Die uniformierten Banden entfesseln einen wilden Terror gegen die Bevölkerung der Stadt. Willkürlich feuern sie ihre Gasgranaten auch auf unbeteiligte Passanten. Sie hetzen Flüchtende durch die Straßen, rammen mit den Kolben ihrer Gewehre Haustüren und Schaufenster ein, stürmen Wohnungen und verschlossene Läden. Unbeschreibliche Verwüstungen richten sie dabei an, und mehr als 80 Läden werden von diesen Horden geplündert und ausgeraubt.

Die Herren in Madrid haben in diesen Tagen oft davon gesprochen, daß sich im Baskenland Zustände wie in Nordirland entwickelten. Sie haben recht. So wie ihre Truppen in den baskischen Provinzen, so benehmen sich Besatzer. Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt: auch nach dem Tod des Diktators Franco ist die nationale Unterdrückung des baskischen Volkes nicht beendet, leidet es weiter unter dem Joch des Madrider Regimes. Aber niemals wird es sich in dieses Joch fügen. Die Kämpfe der letzten Woche sind nur die Vorboten für noch größere Schlachten, in denen sich das baskische Volk an der Seite der anderen Völker Spaniens eine föderative Volksrepublik erkämpfen wird.

USA

Polizei schützt Nazis

Hakenkreuze überall. Bewaffnete Männer in SA-Uniformen. Sie haben Befehl von ihrem Führer, Verdächtige sofort zu erschießen. Szenen aus Hitler-Deutschland? Nein, das sind Bilder aus dem Amerika des Menschenrechtsapostels Carter. Chicago, 41. Straße — hier haben die amerikanischen Faschisten ihr Hauptquartier. Von hier aus organisieren sie ihre Terrorfeldzüge gegen die Werktätigen, vor allem gegen die Schwarzen und die Juden.

Vor den Augen, ja mit der aktiven Unterstützung von Carters Polizei können sie ihr blutiges Unwesen treiben, konnten sie zum Beispiel einen



Nazifaschisten in Chicago: „Verdächtige sofort erschießen!"



Demonstration gegen die Nazifaschisten in Chicago

provokativen Aufmarsch im Stadtteil Skokie vorbereiten. Skokie ist fast ausschließlich von Juden bewohnt, die meisten von ihnen Überlebende der Nazi-Vernichtungslager. Nur der massive militante Protest der Chicagoer Werktätigen konnte diesen Marsch stoppen. Die Behörden der Stadt jedoch hatten sofort ein anderes Gelände für die Faschisten bereit: den öffentlichen Marquette-Park, der an die Negerviertel der Stadt grenzt. Und schwerbewaffnete Polizeitruppen schützten dort die Nazis vor einer antifaschistischen Massendemonstration.

VW-Mexiko

8.700 Arbeiter im Streik

Die Arbeiter des mexikanischen VW-Werkes sind Anfang des Monats in den Streik getreten (der RM berichtete darüber). Die folgende Korrespondenz, die uns aus Mexico City erreichte, informiert über die Hintergründe dieses Kampfes.

Am 1. Juli um null Uhr erklärten die 8.700 Arbeiter von „Volkswagen de Mexiko, S. A." den Streik. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 25 Prozent plus Zulagen. Darüber hinaus haben sie eine Reihe weiterer gerechter Forderungen erhoben, die in einem Katalog mit 75 Punkten zusammengefaßt sind. Die Unternehmer von VW wollten jedoch nur eine Lohnerhöhung von 14 Prozent bewilligen. 90 Prozent der übrigen Forderungen lehnten sie ab. Stunden vor Ausbruch des Streiks brachten sie 20.000 Autos aus dem Werk heraus, um sie während des Kampfes als Reserve zu benutzen.

Aufgrund des starken Drucks ihrer Mitgliedermassen erklärten sich inzwischen 86 der sogenannten Unabhängigen Gewerkschaften bereit, bei einem Andauern des VW-Streiks in ihren Bereichen Solidaritätsstreiks zu organisieren.

In der letzten Zeit preßten die VW-Kapitalisten ungeheure Profite aus den Arbeitern heraus. Denn bei fast gleichbleibender Produktion verringerten sie die Belegschaft von 12.000 im Jahr 1975 auf 8.700 heute. Ungefähr die Hälfte der hier produzierten Wagen geht in die Bundesrepublik, wo sie wesentlich billiger verkauft werden als in Mexiko. (Hier kostet der Käfer 95.000 pesos = ca. 8.715 DM.) Die VW-Arbeiter bekommen nur ein Drittel oder gar ein Viertel von dem Lohn, den ihre westdeutschen Kollegen erhalten. Er liegt heute etwa bei 6.000 Pesos = ca. 560 DM, plus Zulagen. 1975 bekamen sie sogar nur etwa 3.000 Pesos, aber nach der im September 1975 erfolgten Abwertung des Pesos um ca. 85 Prozent konnten die Arbeiter beträchtliche Lohnerhöhungen durchsetzen.

Die Regierung Portillos hatte einen sogenannten „harten Kurs" gegen die Werktätigen verkündet. Eine Zeitlang gelang es den Imperialisten, den einheimischen Kapitalisten und ihren Dienern, den verräterischen Gewerkschaftsbonzen, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken. VW-Manager Schreiber hatte schon aufgeatmet, weil es nun „ruhig geworden" war, wie er sich ausdrückte. Aber wie man sieht, war diese Freude nicht von langer Dauer. Trotz Unterdrückung und Entlassungsdrohungen, trotz des Verrats der Gewerkschaftsbonzen und der Revisionisten sind jetzt wieder Streikposten aufgezogen im VW-Werk von Puebla.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

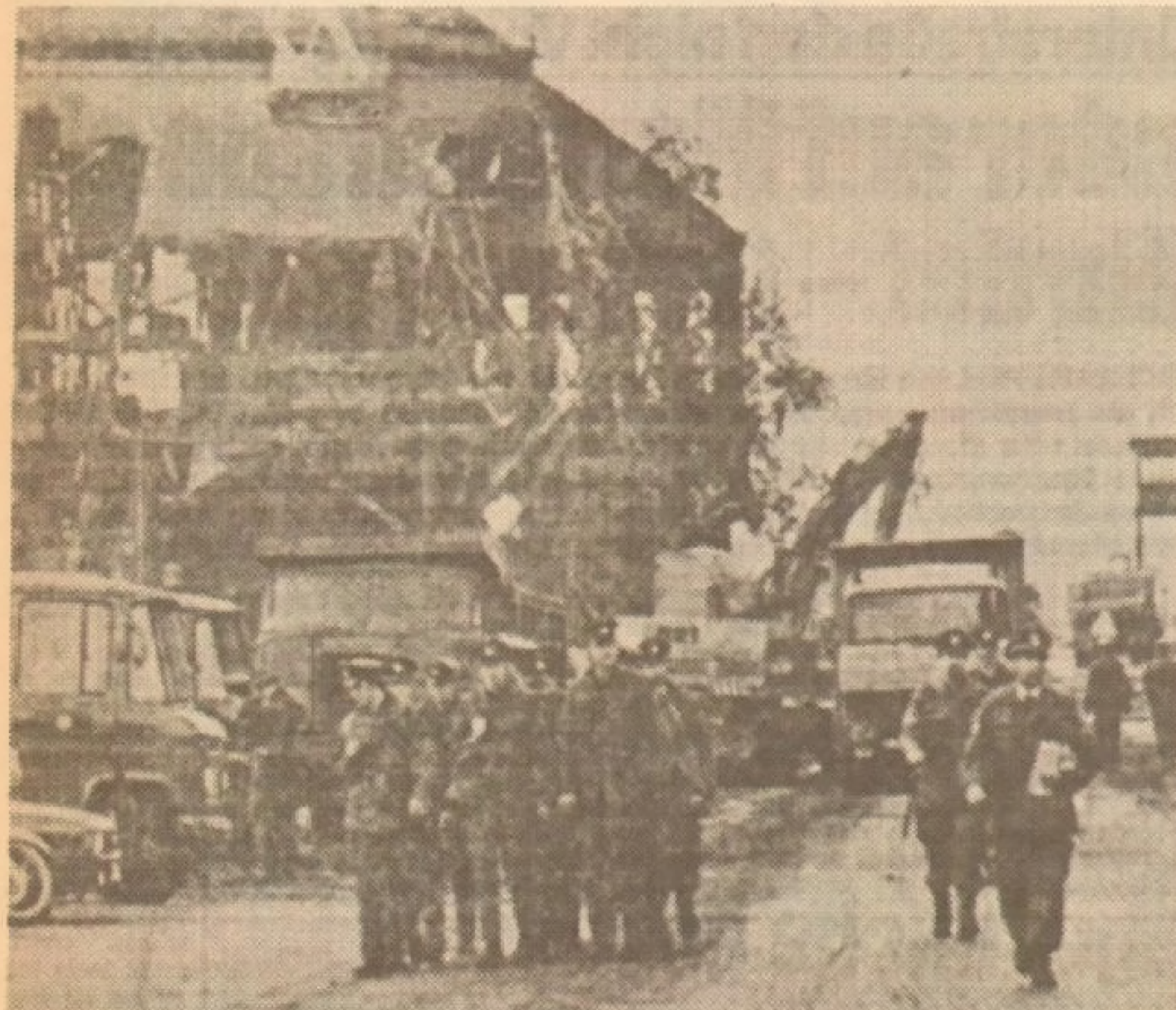


Heesen
Bereitschaftpolizei auf der Zeche Sachsen

Schon wieder bewaffnete Truppen auf einem Zechengelände. Am 6. 7. 78 besetzten über 100 Bereitschaftspolizisten, bewaffnet mit MPs, Gewehren und anderen Schußwaffen das Gelände der stillgelegten Zeche Sachsen in Heesen bei Hamm/Westfalen.

Thema: Eine sogenannte „Anti-Terror-Übung". Einsatzleiter Stember nach der Übung: „Nur selten werden uns solche Übungsmöglichkeiten geboten. Die meisten Firmen kommen uns nicht so entgegen." Der Name der Firma, die der Polizei bei ihrer Bürgerkriegsübung so entgegen kam: Ruhrkohle AG, von den DGB-Bonzen immer wieder als Beispiel für „funktionierende Mitbestimmung" gepriesen.

Die Übung auf der Zeche Sachsen war übrigens bereits die dritte Bürgerkriegsübung auf einem Zechengelände in einem Vierteljahr. Im April dieses Jahres erst hatten Bundeswehreinheiten auf dem Gelände der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen und der Zeche Pluto in Recklinghausen den bewaffneten Sturm auf von Arbeitern besetztes Betriebsgelände geprobt.



Bürgerkriegsübung der Polizei auf der Zeche Sachsen

Unterelbe radioaktiv?

Die Regierungen der vier norddeutschen Küstenländer hatten eine wissenschaftliche Studie über die Unterelbe anfertigen lassen. Als die Studie dann vorlag, wurde sie zur „geheimen Verschlußsache" erklärt. Der Grund: Die sogenannte „Besse-Studie" enthält Angaben über „merkwürdige und gelegentlich gefährliche Mengen" radioaktiver Stoffe. Und sie gibt auch an, woher diese Stoffe kommen. Von den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Stade nämlich.

Diese Studie beweist erneut, daß man dem Bonner Staat in Sachen Atomenergie kein einziges Wort glauben kann. Da protestieren die Werktätigen gegen das AKW Brunsbüttel. Die Herren Politiker erklären ihnen und der gesamten Bevölkerung, sie hätten nichts zu befürchten, und haben dabei eine wissenschaftliche Studie in der Schublade liegen, die detailliert Aufschluß über die weitreichenden Gefahren dieses AKW gibt!

Auch was die üblichen Beschwichtigungsreden der Politiker über die Betriebssicherheit angeht, konnte man in der letzten Woche Interessantes erfahren. In einem Bericht des Bundesinnenministeriums muß nämlich die Bundesregierung zugeben, daß es allein seit 1971 zu 150 Störunfällen in Atomkraftwerken kam! Der jüngste Störfall geschah im Atomkraftwerk Ohu in der letzten Juni-Woche. Bei einer Überprüfung wurden Risse in den Kondensat-Ablaufleitungen im Turbinenbereich festgestellt, durch die auch radioaktives Wasser fließt! Das ist bereits der zweite Störfall in diesem Atomkraftwerk, das überhaupt erst seit Anfang des Jahres seinen Probebetrieb aufgenommen hat!

Alle diese Tatsachen bestätigen erneut, daß der Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken vollkommen berechtigt ist. Weg mit dem Bonner Atomprogramm!

Tod in Spanien

Fast 150 Menschen fanden bis zum Wochenende den Tod. 70 weitere liegen zum großen Teil lebensgefährlich verletzt in den Krankenhäusern Spaniens. Zehntausende in der Bundesrepublik, in Frankreich, England, Spanien und anderen europäischen Ländern bangen noch heute darum, ob der furchtbaren Katastrophe auf dem katalanischen Camping-Platz „Los Alvagues" Angehörige zum Opfer fielen.

Die Katastrophe ereignete sich, weil ein Tanklastwagen mit hochexplosivem Propylengas auf der spanischen Küstenstraße explodierte, nachdem der Tanker aufgrund einer Reifenpanne vor eine Mauer gefahren war. Hinter dieser Mauer aber lag der Camping-Platz...

Warum so viele Menschen auf dem Camping-Platz „Los Alvagues" sterben mußten, steht inzwischen fest: Weil dieses Tranportunternehmen wie viele andere auch, die Gebühr von 1.000 Peseten, also von 30 DM (!!!) sparen wollte, die die Benutzung der Autobahn gekostet hätte! Deshalb mußte der Transporter die enge Küstenstraße fahren, gerade während der Urlaubszeit, was eine ungeheure Gefahr für Zehntausende von Menschen bedeutet! Hunderte von Menschen erhoben deshalb sofort auf Demonstrationen die Forderung nach dem Fahrverbot für Lastwagen mit solch gefährlicher Fracht auf der Küstenstraße. Angesichts der ungeheuren Empörung nicht nur in Spanien, sondern in ganz Westeuropa, sah sich die katalanische Regierung auch nach wenigen Tagen gezwungen, ein solches Fahrverbot auszusprechen.

Das ist zweifellos ein gewisser Erfolg. Es ist aber zugleich auch das Allermindeste, was die Regierung unternehmen konnte. Denn die eigentlichen Ursachen für die Katastrophe liegen tiefer. Schließlich haben nicht nur die Spanienurlauber, sondern auch die spanischen Werktätigen selbst einen Anspruch auf Schutz vor solchen Unglücken. Von ihnen, den Werktätigen in Barcelona, Valencia, Madrid, die tagtäglich durch ähnliche Transporte gefährdet sind, aber war in diesen Tagen in der Presse so gut wie nie die Rede. Aus gutem Grund. Denn von ihrem Schutz zu reden, hätte zugleich bedeutet zu fordern, daß so explosive Stoffe wie Propylen überhaupt nicht auf der Straße transportiert werden bzw. daß sie aber zumindest in sicheren Tankern gefahren werden. Denn das traf für den Tanklastzug, der am Camping-Platz „Los Alvaguez" explodierte, auf keinen Fall zu.

Zwar versicherte das Transportunternehmen sofort, daß der Wagen erst 1974 gebaut worden sei, daß er allen internationalen Sicherheitsbestimmungen entsprochen hätte usw. Tatsache aber ist, daß diese internationalen Sicherheisbestimmungen vorschreiben, daß die Tanks, in denen das Gasgemisch transportiert wird, so dickwandig sein müssen, daß sie auch schwere Unfälle unbeschadet aushalten. Der Tank in dem Transporter, durch den die Katastrophe verursacht wurde, platzte jedoch bereits durch den Aufprall des Lastzuges gegen die Mauer des Camping-Platzes! Das aber heißt, daß die Transportfirma einen Transporter mit defektem oder für den Transport von Propylen völlig ungeeigneten Tank auf die Straße geschickt hat! Und das ist sicher kein Einzelfall. Die Konsequenz: Trotz Fahrverbot auf der Küstenstraße Kataloniens besteht die Gefahr von erneuten Explosionen weiter. Warum? Weil explosionssichere Tanks Spaniens Transportfirmen offenbar zu teuer sind, weil der spanische Staat nicht daran denkt, die Transportfirmen zur Einhaltung wenigstens dieser minimalen Sicherheitsbestimmungen zu zwingen.

Also ein spanisches Problem? Westdeutsche Energiekonzerne, Transportfirmen und auch ADAC und TÜV erklärten in den letzten Tagen wiederholt: Ja. In der Bundesrepublik gäbe es strenge Bestimmungen, absolut sichere Transporter, gründliche Ausbildung für die Fahrer usw. usf. Und zwar nicht nur für Gastransporte, sondern für die Transporte aller hochgiftigen und explosiven Stoffe. Tatsächlich? Zu einem Zeitpunkt, als die westdeutschen Zeitungen teilweise noch ganzseitig über die Katastrophe in Spanien berichteten, da konnte man auf den hinteren Seiten, in einer kleinen Meldung, lesen: Borken, 14. Juli. Über 30.000 Liter Benzin sind am Donnerstag abend im Münsterland bei Borken explodiert, als ein Tanklastwagen von der Straße abkam und in einem Graben umkippte...

TÜV: Bundesdeutsche Straßentankwagen sind viel sicherer

WAZ ESSEN

Ein Unglück, wie das an der spanischen Mittelmeerküste, bei dem am Dienstag auf einem Campingplatz vermutlich mehr als 200 Menschen ums Leben kamen, kann sich mit bundesdeutschen Straßentankfahrzeugen zum Transport von Druckgasen „nach menschlichem Ermessen nicht ereignen". Das erklärte am Mittwoch in Essen die Bundesvereinigung der Technischen Überwachungsvereine.

Etwa 30 000 Liter Benzin im Tanklastwagen explodiert

BORKEN, 14. Juli (dpa). Mehr als 30 000 Liter Benzin explodierten am Donnerstagabend im Münsterland bei Borken, als ein Tanklastwagen von der Straße abkam und in einem Graben umkippte. Alarmierte Feuerwehrleute waren zur Zeit der Explosion in dem unbebauten Gelände glücklicherweise noch so weit von dem Tank entfernt, daß sie unverletzt blieben. Der Fahrer des Lastwagens und eine Beifahrerin hatten vor der Verpuffung das Führerhaus verlassen können; sie wurden leicht verletzt. Der Fahrer hatte offenbar wegen zu hoher Geschwindigkeit die Gewalt über sein Fahrzeug verloren. Nach der Explosion, bei der es eine 35 Meter hohe Stichflamme gab, gelang es der Feuerwehr, mit einem Schaumteppich die Verpuffung des restlichen Benzins in dem 60 000-Liter-Tank zu verhindern.

Ein solches Unglück wie in Spanien kann sich nach menschlichem Ermessen bei uns nicht ereignen, so hieß es am 13. 7. in der „WAZ"; am 15. 7., also zwei Tage später, konnte man in der „Frankfurter Rundschau" lesen...

Terror aus der Luft

Letzte Woche in Ippinghausen bei Kassel. Ein ohrenbetäubendes Getöse reißt die Bewohner aus ihrer gewohnten Tätigkeit. Und dann passiert es auch schon: In 14 Gebäuden zerspringen die Fenster. In einer Gastwirtschaft fällt sogar die Haustür aus dem Rahmen. Grund: Zwei Düsenjäger waren mit viel zu hoher Geschwindigkeit und viel zu niedrig über das Dorf gedonnert. Wer die Verantwortung trägt? Die Behörden schweigen sich aus. Nationalität der Flugzeuge unbekannt, heißt es.

Genau die gleiche Auskunft erhielten zunächst auch die Bewohner von Rain am Lech, wo in der ersten Maiwoche dieses Jahres drei Düsenjäger einen noch größeren Schaden angerichtet hatten. Dann stellte sich heraus: Es waren Bundeswehr-Düsenjäger bei einem Manöver...

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Dubarg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/296 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.